

DEUTSCHER BUNDESTAG

Kommission
zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

- Sekretariat -

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/15

Zwischenbericht

über die Tätigkeit der
Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

vom 4. November 2006 bis 30. Juli 2007

Vorsitz: Marlene Rupprecht, MdB (SPD)

vorgelegt dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

	Inhalt	<u>Seite</u>
1.	Einleitung	6
2.	Arbeits- und Beratungsschwerpunkte	7
2.1.	Kinder und Gesundheit / Behinderte Kinder	7
	2.1.1. Gesunde Ernährung	7
	2.1.2. Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung	7
	2.1.3. Arzneimittel für Kinder	8
	2.1.4. Schutz von Kindern vor den Folgen des Passivrauchens	8
	2.1.5. Vorsorgeuntersuchungspflicht für Kinder	9
2.2.	Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention	9
	2.2.1. Rücknahme der Vorbehaltserklärungen gegen die UN-Kinderrechtskonvention	9
	2.2.2. Kinderrechte in die Verfassung	10
3.	Weitere Beratungsthemen	16
3.1.	Kinderlärm	16
3.2.	Änderungen in der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG) im Hinblick auf das Pflegekinderwesen	18
3.3.	„Ausländerrecht - Abschiebungen“	19
3.4.	„Abo-Fallen“ im Internet	19
3.5.	Auslandsadoptionen	20
3.6.	Inflight Spot „Witness“	20

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

	<u>Seite</u>
3.7. Europäische Konvention zum Schutz der Kinder gegen sexuelle Ausbeutung und Missbrauch	21
3.8. Vorbereitung der Reise der Kinderkommission	22
4. Die Kinderkommission beim Bundespräsidenten	22
5. Informationsgespräche und -termine	23
6. Veranstaltungen	24
6.1. UNICEF-Symposium zum Thema „Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation“ am 5. März 2007	24
6.2. Tag der Ein- und Ausblicke am 25. März 2007	29
6.3. Evangelischer Kirchentag am 7. Juni 2007	30
6.4. Kindertag des Deutschen Bundestages am 4. Dezember 2006 und 11. Juni 2007	30
7. Öffentlichkeitsarbeit	31
7.1. Pressemitteilungen	31
7.2. Pressekonferenzen	32
7.3. Internetauftritt der Kinderkommission	32
7.4. Broschüre	32
7.5. Blickpunkt Bundestag, Ausgabe Februar 2007	33
8. Mitgliedschaft in Gremien	33
9. Kommissionsdrucksachen	33

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

	<u>Seite</u>
10. Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission	34
10.1. Abg. Marlene Rupprecht	34
10.2. Abg. Michaela Noll	40
10.3. Abg. Miriam Gruß	42
10.4. Abg. Diana Golze	45
10.5. Abg. Ekin Deligöz	50
Anhang I: Pressemitteilungen der Kinderkommission	53
Anhang II: Kommissionsdrucksachen der Kinderkommission	73
Anhang III: Sonstige Dokumente	80

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

1. Einleitung

In der Kommission für die Wahrnehmung der Belange der Kinder des Deutschen Bundestages (Kinderkommission) wechselt der Vorsitz zwischen den fünf Kommissionsmitgliedern turnusmäßig in der Reihenfolge der Fraktionsgröße. Nach Ablauf der ersten Amtszeit seit Konstituierung der Kinderkommission in der 16. Legislaturperiode übernahm die Bundestagsabgeordnete Marlene Rupprecht (SPD) am 4. November 2006 den Vorsitz von der Bundestagsabgeordneten Michaela Noll (CDU/CSU).

Das Arbeitsprogramm der Kinderkommission für die 16. Wahlperiode wurde mit Beschluss der Kommission vom 8. März 2006 unter den fünf Kommissionsmitgliedern aufgeteilt. Das Arbeitsprogramm der Abg. Marlene Rupprecht umfasste folgende Bereiche:

- Kinder und Gesundheit
- Kinder und Behinderung
- Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention

Während der Vorsitzzeit der Abg. Marlene Rupprecht stand das Thema „Kinderrechte ins Grundgesetz“ im Mittelpunkt der Beratungen der Kinderkommission.

Da sich die Kommission auch mit Inhalten, die aktuell Gegenstand der Beratungen im politischen Raum sind, befasst, ergaben sich hieraus weitere Beratungsschwerpunkte.

2. Arbeits- und Beratungsschwerpunkte

2.1. Kinder und Gesundheit / Behinderte Kinder

2.1.1. Gesunde Ernährung

Die Kinderkommission befasste sich bereits in der vergangenen Legislaturperiode mit dem Thema Kinder und Ernährung. In Fortführung dieser Thematik beabsichtigt die Kinderkommission, Kliniken zu besuchen, die sich auf die Behandlung übergewichtiger Kinder spezialisiert haben. Zur Vorbereitung auf diese Klinikbesuche fand am 20. Juni 2007 ein Fachgespräch mit Vertretern des Bundesministeriums für Gesundheit, des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung statt. Die Kommission ließ sich über die verschiedenen Aktionen und Projekte der Bundesregierung informieren. Zur Effizienz von Adipositas-Therapien gibt es demnach noch keine Langzeitstudien. Im Rahmen des Aktionsplans „Gesunde Ernährung und mehr Bewegung - Schlüssel für mehr Lebensqualität“ soll hier eine Evaluierung erfolgen. Insgesamt sind die gewünschten Effekte noch nicht zu verzeichnen. Die Kommission brachte zum Ausdruck, dass sie ihren Beitrag zu dem Aktionsplan leisten will. Eine Entscheidung über den Klinikbesuch konnte in der Vorsitzzeit der Abg. Marlene Rupprecht nicht mehr getroffen werden.

2.1.2. Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung

Die Kommission erreichte eine Reihe von Anfragen zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung. Das Bundesministerium für Gesundheit wurde um eine Zusammenstellung der Themen in der Gesundheitsreform gebeten, die Kinderbelange betreffen. Nachdem in der Vorbereitung des Reformvorhabens zunächst nur vorgesehen war, die Maßnahmen zur medizinischen Rehabilitation für Mütter und Väter von Ermessens- in Pflichtleistungen umzuwandeln, sind nunmehr alle Rehabilitationsleistungen als Pflichtleistungen

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

festgeschrieben worden. Eine positive Neuerung ist auch, dass im Bereich Rehabilitation jetzt grundsätzlich Statistiken geführt werden müssen, da es bisher für Kinder keine verlässlichen Zahlen gibt.

In ihren Sitzungen am 8. November 2006 und am 17. Januar 2007 beriet die Kinderkommission die hierzu angesprochenen Themenbereiche und kam zu dem Ergebnis, dass bei den Rehabilitationsleistungen Verbesserungen eingetreten sind und die anderen angesprochenen Themen, wie die Richtgrößenproblematik bei der Heilmittelversorgung von Kindern, noch zu klären sind. Auch das Thema „Heilmittelversorgung von Kindern in Schulen und Kindertagesstätten“ konnte in der Vorsitzzeit der Abg. Marlene Rupprecht nicht mehr abgeschlossen werden.

2.1.3. Arzneimittel für Kinder

Aufgrund eines Schreibens einer Elterninitiative zur Problematik der Off-Label-Medikamente für rheumakranke Kinder griff die Kinderkommission die grundsätzliche Problematik der Kinderarzneimittel auf. Bislang werden 50 Prozent der bei Kindern eingesetzten Arzneimittel ohne eine für sie erteilte Zulassung eingesetzt. Nach der Verordnung des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaft sollen die für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen benötigten Arzneimittel so sicher sein, wie es für die Arzneimittel für Erwachsene selbstverständlich ist. Beim Bundesamt für Arzneimittel wurde hierzu erneut eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Abg. Marlene Rupprecht arbeitet wieder in dieser Arbeitsgruppe mit und wird dort das Anliegen dieser Elterninitiative einbringen.

2.1.4. Schutz von Kindern vor den Folgen des Passivrauchens

Die Kinderkommission befasste sich in der Vorsitzzeit der Abg. Marlene Rupprecht mit diesem Thema unter dem Aspekt eines Rauchverbots im Auto. In ihrer Sitzung am 28. März 2007 gelangte sie übereinstimmend zu der Auffassung, dass die Initiative zum Schutz der Kinder vor dem Rauchen im Auto in hohem Maße unterstützenswert ist. Allerdings sieht die Kinderkommission die Schwierigkeit, ein derartiges Ver-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

bot auch in der verkehrspolizeilichen Praxis umzusetzen und hat Zweifel, ob ein Rauchverbot das am besten geeignete Mittel ist. Sie verwies daher auf andere Möglichkeiten, z. B. durch Aufklärungs- und Informationskampagnen die Aufmerksamkeit der Menschen auf dieses wichtige Thema zu lenken.

2.1.5. Vorsorgeuntersuchungspflicht für Kinder

Eine Bürgerin wandte sich an alle Abgeordnete des Bundestages mit dem Anliegen der Schaffung einer Pflicht zur Vorsorgeuntersuchung für Kinder. In ihrer Sitzung vom 31. Januar 2007 beriet die Kinderkommission über dieses Anliegen mit dem Ergebnis, dass sie zwar grundsätzlich für eine Ausweitung der Vorsorgeuntersuchungen plädiert, aber Pflichtuntersuchungen nicht für zielführend hält. Aus ihrer Sicht liegt hier keine Gesetzeslücke, sondern ein Umsetzungsproblem vor. Dieses zeigt sich insbesondere in der mangelhaften Kooperation der mit Kindern und Jugendlichen befassten Institutionen.

2.2. Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention

2.2.1. Rücknahme der Vorbehaltserklärungen gegen die UN-Kinderrechtskonvention

Wie bereits in den beiden vorangegangenen Wahlperioden setzt sich die Kinderkommission auch in der jetzigen Legislaturperiode für die Rücknahme der Vorbehalte der Bundesrepublik Deutschland ein. Erfreulicherweise hat von den ursprünglich fünf Vorbehalten nunmehr nur noch ein Vorbehalt Gültigkeit. Die Kinderkommission forderte mit Beschluss vom 8. November 2006 eine Rücknahme auch dieses letzten Vorbehalts im Ausländerrecht ein.

Berlin, 8. November 2006

Rücknahme der Vorbehaltserklärungen gegen die UN-Kinderrechtskonvention

Beschluss der Kinderkommission vom 8. November 2006

Die Bundesrepublik Deutschland hat im Jahr 1992 die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat die Bundesregierung fünf Vorbehalte geltend gemacht. Zwischenzeitlich vorgenommene Änderungen im nationalen Recht haben bewirkt, dass nur noch der unter Punkt IV erklärte ausländerrechtliche Vorbehalt Bestand hat.

Die Rücknahme dieses Vorbehalts war bereits in der Vergangenheit wiederholt Gegenstand der parlamentarischen Beratungen. Auch die Kinderkommission hatte sich in der 14. und 15. Wahlperiode intensiv mit der Problematik befasst und die Bundesregierung mit Beschluss vom 14. Januar 2004 zur Rücknahme aufgefordert. In dieser Wahlperiode hat sie die Frage erneut aufgegriffen und beraten. Ihre Position besteht unverändert.

Die Kinderkommission appelliert nochmals an die Bundesländer, einer Rücknahme der Vorbehalte zuzustimmen. Andernfalls fordert sie die Bundesregierung auf, die Rücknahme ohne dieses Einvernehmen umgehend zu veranlassen.

Marlene Rupprecht, MdB

2.2.2. Kinderrechte in die Verfassung

Dieses Thema stand im Mittelpunkt der Vorsitzzeit der Abg. Marlene Rupprecht. Anlässlich des 17. Jahrestages der UN-Kinderrechtskonvention am 20. November 2006 fand hierzu eine öffentliche Anhörung statt.

Berlin, 13. November 2006

Öffentliche Anhörung der Kinderkommission zum Thema „Kinderrechte in die Verfassung“

Zeit: Montag, den 20. November 2006, 13.00 Uhr

Ort: Berlin, Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200

Spezielle Kinderrechte sieht das Grundgesetz nicht vor. Würde eine Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung ihre Position in Familienangelegenheiten und auf anderen Rechtsgebieten konkret stärken? Stünden sich Kinderrechte und Elternrechte gleichwertig gegenüber? Ergäben sich Auswirkungen auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und auf die Kinderfreundlichkeit in Deutschland? In welcher Formulierung und an welcher Stelle sollten die Kinderrechte in der Verfassung verankert werden?

Diese und eine Reihe weiterer Fragen will die Kinderkommission des Deutschen Bundestages am 20. November, dem 17. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention, mit den Experten Heinz Hilgers (Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes e. V.), Prof. Dr. Peter M. Huber (Universität München), Dr. Peter Merk (Deutsches Kinderhilfswerk e. V.), Prof. Dr. Johannes Münder (TU Berlin), Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit (Justizsenatorin Hamburg und Berlin a. D.) und Prof. Dr. Dr. h. c. Gisela Zenz (Universität Frankfurt/Main) im Rahmen der Anhörung erörtern.

Die Öffentlichkeit ist herzlich eingeladen. Interessierte melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Tel.: 030/227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Für Medienvertreter gelten die üblichen Regelungen.

Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: 030/227-32929 oder 32924) anzumelden.

Bitte im Sitzungssaal nicht rauchen und Handys ausschalten!

Informationen zur Übertragung im Parlamentsfernsehen unter www.bundestag.de/tv

Zu dieser Anhörung hatte die Kinderkommission folgenden Fragenkatalog vorbereitet:

Fragen für die öffentliche Anhörung zum Thema „Kinderrechte in die Verfassung“ am 20. November 2006, 13.00 bis 16.00 Uhr

1. Im Grundgesetz finden Kinder im Artikel 6 GG Erwähnung. Sind Kinder danach originäre Rechtssubjekte, wie würden Sie dies beurteilen?

Trägt das Grundgesetz in seiner jetzigen Fassung dem Stand der Rechtsprechung hinreichend Rechnung, nach der das Kind als „ein Wesen mit eigener Menschenwürde und eigenem Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit“ anzusehen und eine „verfassungsrechtliche Sicherung des Kindeswohls“ zu gewährleisten ist?

Wie ist das Verhältnis von Kinderrechten zu den verfassungsrechtlich garantierten Elternrechten zu beurteilen? Hätte die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz Folgen im Hinblick auf einen Gleichrang/Vorrang vs. Elterninteressen?

Würde sich durch eine Klarstellung/Stärkung der Rechte von Kindern die Rolle des staatlichen Wächteramtes verändern?

Gibt es Gründe, die gegen die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz sprechen?

2. Was würde die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz für Kinder und Jugendliche konkret bewirken?

Hätten Kinder eine stärkere Stellung in behördlichen und gerichtlichen Familienangelegenheiten, z. B. in Sorgerechtsangelegenheiten, bei Vormund- und Pflegschaften, im Adoptions- und Abstammungsrecht?

Würde sich daraus für sie oder einen Vertreter (z. B. auch Jugendamt) in Fällen von Misshandlungen durch die Eltern und daraus resultierenden Schäden und Folgeschäden das Recht ergeben, Schadensersatz gegen die Eltern geltend zu machen?

Hätten Kinder bei staatlichen Entscheidungen, die nicht im Zusammenhang mit Artikel 6 GG stehen, eine stärkere Position, z. B. im Ausländerrecht, Baurecht und anderen Rechtsgebieten?

Welche Konsequenzen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wären aus der Verfassung abzuleiten? Würde die angestrebte Verfassungsänderung bedeuten, dass die Partizipation von Kindern und Jugendlichen neu bewertet werden müsste, wenn ja, wie?

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

3. Kann die Aufnahme von Kinderrechten die Kinderfreundlichkeit in Deutschland positiv beeinflussen? Inwieweit kann sich die Verfassungsänderung positiv auf die Praxis der Kommunen (z. B. in der Stadtplanung oder der Jugendhilfe) auswirken?

Wären aus Ihrer Sicht verfassungsrechtlich gebotene Veränderungen im Schulrecht zu erwarten oder zu fordern?

4. Ergibt sich aus der Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung Reformbedarf auf anderen Rechtsgebieten?
5. Ergeben sich aus der UN-Kinderrechtskonvention oder der vorgesehenen EU-Grundrechtecharta Vorgaben oder Anregungen, die das deutsche Verfassungsrecht aufgreifen sollte?

Welche Bedeutung messen Sie dem Vorrangigkeitsprinzip von Kinderinteressen bei, wie wir es in Artikel 3 der UN-Kinderrechtskonvention und in Artikel 24 der EU-Grundrechtecharta finden? Sollte das Prinzip der vorrangigen Berücksichtigung von Kinderinteressen in das Grundgesetz aufgenommen werden?

6. Ist die Rechtstellung von Kindern nach einzelnen Landesverfassungen besser als die nach der derzeitigen Fassung des Grundgesetzes?

Welche Erkenntnisse gibt es aus anderen vergleichbaren Ländern auf europäischer Ebene?

7. An welcher Stelle und in welcher Formulierung halten Sie die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz für sinnvoll?

Was halten Sie für erfolgversprechender, spezielle Kinderrechte in das Grundgesetz zu integrieren oder ggf. sie als Staatsziel festzuschreiben?

Sollte der Verfassungsgeber die Aufnahme von Individualrechten des Kindes durch eine Staatszielbestimmung, „für kindgerechte Lebensbedingungen Sorge zu tragen“, ergänzen?

8. Welchen weiteren Handlungsbedarf sehen Sie für die Bundespolitik nach der Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung?

9. Inwiefern ergeben sich finanzielle Auswirkungen durch die Aufnahme von Kinderrechten und deren Umsetzung auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene?

10. Hätte eine Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung Auswirkungen auf die Rücknahme der einschränkenden Interpretationserklärungen der Bundesrepublik Deutschland gegen die UN-Kinderrechtskonvention?

Der Inhalt dieser Anhörung können dem Wortprotokoll unter www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Anhoerungen/index.html entnommen werden.

In den folgenden Sitzungen der Kinderkommission erfolgte eine Auswertung der Anhörung. Diese führte zu der Entscheidung, zu diesem Anliegen einen interfraktionellen Gesetzentwurf zu initiieren.

Berlin, 19. Dezember 2006

Kinderkommission plant, interfraktionellen Gesetzentwurf zur Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung zu initiieren

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat am 20. November 2006 eine öffentliche Expertenanhörung zur Frage der Aufnahme von eigenen Kinderrechten in das Grundgesetz durchgeführt. Durch diese Anhörung sieht sie sich in der Auffassung bestärkt, dass eine solche Verfassungsänderung erforderlich und die Zeit hierfür reif ist. Die Mitglieder der Kommission werden zu Beginn des kommenden Jahres einen entsprechenden interfraktionellen Gesetzentwurf initiieren.

Die Kinderkommission hofft auf breite Zustimmung und Unterstützung der geplanten Initiative.

Unter dieser Zielsetzung wurde in den folgenden Sitzungen der Kinderkommission das Thema „Kinderrechte in die Verfassung“ eingehend erörtert. Die Kommission kam zu der Erkenntnis, dass dieses ehrgeizige Ziel einer Verfassungsergänzung nur

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

mit juristischer Unterstützung erreicht werden kann. Daher wurden mehrere Fachgespräche mit Vertretern des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) geführt. In der Sitzung am 25. April 2007 wurde das Für und Wider einer expliziten Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung mit der Bundesministerin der Justiz, Frau Brigitte Zypries, MdB, diskutiert. Im Detail wurde auch erörtert, welcher Grundgesetzartikel für die Aufnahme der Kinderrechte von der Systematik her am besten geeignet wäre. Zur Debatte standen insbesondere Artikel 2 (Allgemeines Persönlichkeitsrecht) und Artikel 6 (Ehe und Familie). Obwohl die Ministerin das Anliegen aus verfassungssystematischen Gründen zunächst nicht unterstützte, gelang es der Kinderkommission, das BMJ für eine Formulierungshilfe zu gewinnen.

Auf dieser Grundlage wurde von der Kinderkommission ein Entwurf für einen interfraktionellen Antrag erarbeitet. Der Vorschlag der Kinderkommission für eine Ergänzung des Artikels 6 in einem neuen Absatz 2 lautet wie folgt:

„Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.“

Einzelne Aspekte der Kinderrechte wie „Förderung“ und „Partizipation“ wurden im Rahmen der Begründung des Antrags diskutiert. Im Hinblick auf die Sommerpause wurde zum Ende der Vorsitzzeit der Abg. Marlene Rupprecht vereinbart, die sitzungsfreie Zeit für Überzeugungsarbeit bei den Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen zu nutzen und eine Öffentlichkeit für dieses zentrale Projekt der Kinderkommission herzustellen.

3. Weitere Beratungsthemen

3.1. Kinderlärm

In der Sitzung am 21. März 2007 fand eine öffentliche Anhörung zu dem Thema „Kinderlärm“ statt.

Berlin, 16. März 2007

Öffentliche Anhörung der Kinderkommission zum Thema „Kinderlärm“

Zeit: Mittwoch, den 21. März 2007, 16.00 Uhr

Ort: Berlin, Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200

Die Kinderkommission hat in dieser Wahlperiode eine Reihe von Anfragen zum Thema „Kinderlärm“ erhalten und sich in diesem Zusammenhang mit der hierzu ergangenen Rechtsprechung befasst. Bau- und Verkehrslärm scheint eher akzeptiert zu sein als lautes Spielen. Dies verstößt gegen Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention, wonach Kinder unter anderem ein Recht auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung haben.

Vor diesem Hintergrund will sich die Kinderkommission mit dem Thema „Kinderlärm“ in einer öffentlichen Anhörung befassen. Hierzu hat die Kommission Dr. Regine von der Haar (Stadt Langenhagen), Peter Apel (Deutsches Kinderhilfswerk), Dr. Franzjosef Feldmann (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) sowie einen Vertreter/-in aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eingeladen.

Die Öffentlichkeit ist herzlich willkommen. Interessierte melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Tel.: 030/227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Bild- und Tonberichtersteller werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: 030/227-32929 oder 32924) anzumelden.

Bitte im Sitzungssaal nicht rauchen und Handys ausschalten!

Informationen zur Übertragung im Parlamentsfernsehen unter www.bundestag.de/tv

Die Fragen der Kommissionsmitglieder zu dieser öffentlichen Anhörung lauteten wie folgt:

Fragen für die öffentliche Anhörung zum Thema „Kinderlärm“

Mittwoch, 21. März 2007, 16.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus (PLH), Raum 2.200

- Wieviele Verfahren gab es, in denen es um die Verhinderung von Kinderlärm ging?
- Wird in der Stadtplanung präventiv ein Ausgleich zwischen der Entfaltungsfreiheit der Kinder und dem Ruhebedürfnis der anderen Anwohner gesucht?
- Welche Strategien bieten sich an, um zu einem Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu kommen?
- Welche planerischen Instrumente gibt es, um von vornherein Konflikte zu vermeiden?
- Wie sehen räumliche Bedürfnisse von Kindern aus und wie können diese in Einklang gebracht werden mit einem städtischen Gesamtkonzept?
- Wie werden Kinder beteiligt bei sie betreffenden Planungen, z. B. von Spielplätzen?
- In welchen Bereichen kann Kinderlärm grundsätzlich eine Rolle spielen und wie stellt sich die gegenwärtige Lage im Bereich des Immissionsschutzrechts und des Nachbarrechts in den einzelnen Bundesländern dar?
- Welches sind die rechtlichen Grundlagen für die jeweilige Beurteilung?
- Nach welchen Kriterien bestimmt sich, ob es sich um Geräuschbelastungen handelt, die verhaltensbezogenen Lärm darstellen, mit der Konsequenz, dass das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) keine Anwendung findet oder um solche Geräuschbelastungen, die Lärminderungsmaßnahmen erfordern?
- In den Geschäftsbereichen welcher Ministerien und Behörden ist die Frage angesiedelt und inwieweit wurden Maßnahmen ergriffen, um auf eine kinderfreundliche Gesellschaft im Bereich des Lärms auf der Ebene der Länder und Kommunen hinzuwirken?
- In welchen Bundesländern kam es zu Diskussionen über die Beurteilung von Kinderlärm und wie wurde diese Frage jeweils gelöst?
- In welchen Bundesländern wird bei Kinderlärm eine Summenbetrachtung mit anderen Geräuschimmissionen vorgenommen und welche Bundesländer haben

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

Regelungen dahingehend getroffen, dass Kinderlärm unter bestimmten Voraussetzungen als sozial verträglich gilt und daher insbesondere von Nachbarn hingenommen werden muss?

- Warum wurde eine entsprechende Regelung nicht in allen Bundesländern eingeführt?
- Je dichter besiedelt die Gegend, desto wichtiger ist es, möglichst wenig Lärm zu machen. Ist dies so oder haben Kinder immer „Narrenfreiheit“?
- Wieweit sind bislang Ideen diskutiert worden, die eine Auslagerung der Kitas an den Stadtrand und in Gewerbegebiete vorsehen?
- Was kann man tun, damit Kinderlärm nicht als Lärm empfunden wird?

Der Inhalt der Anhörung kann dem Wortprotokoll der Sitzung unter www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Anhoerungen/index.html entnommen werden. Als Ergebnis der Anhörung hat die Kinderkommission das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gebeten, einen Regelungsvorschlag zur Erhöhung der Rechtssicherheit zu erarbeiten. In der Vorsitzzeit der Abg. Marlene Rupprecht konnte dieses Thema nicht mehr abgeschlossen werden.

3.2. Änderungen in der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG) im Hinblick auf das Pflegekinderwesen

Außerhalb der Schwerpunkte beschäftigte sich die Kinderkommission auch mit dem Referentenentwurf zum FGG. In der Sitzung am 29. November 2006, an der auch Abgeordnete des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teilnahmen, informierten Vertreter des Bundesministeriums für Justiz über die Details der Reform und insbesondere ihre Auswirkungen auf die Stellung der Kinder. Die Kinderkommission hat zum Abschluss den Appell ausgesprochen, dem Kindeswohl bei allen Neuregelungen stets eine Vorrangstellung einzuräumen.

3.3. „Ausländerrecht - Abschiebungen“

Zu diesem Thema ließ sich die Kinderkommission in der Sitzung vom 13. Dezember 2006 von Vertretern des Bundesministeriums des Innern, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der Berliner Senatsverwaltung über die Praxis der Abschiebungen informieren, in die Kinder involviert sind. Dabei ging es ihr insbesondere um die Beachtung der UN-Kinderrechtskonvention, des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und der Grundrechte. Ausgangspunkt war ein Fall in Dresden, in dem ein Kind von der Polizei aus einer Kindertagesstätte geholt wurde, um so der Mutter, die sich der Abschiebung entziehen wollte, habhaft zu werden.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Verfahrensweise der Polizei rechtswidrig war. Es wurden die Möglichkeiten diskutiert, wie sich beispielsweise Kindergärtnerinnen bei rechtswidrigen Maßnahmen der Polizei entgegenstellen könnten. Klar wurde auch, dass es sich nicht um eine Gesetzesproblematik, sondern um ein Umsetzungsproblem auf der Ebene der Polizei handelt. Dieses fällt in den Zuständigkeitsbereich der Bundesländer, so dass die Kinderkommission hierauf keinen Einfluss nehmen kann. Die Kinderkommission gab den Ministeriumsvertretern den Hinweis, stets das Kindeswohl im Auge zu haben, und sprach die Möglichkeit an, dass sowohl im Ausländerrecht als auch in der Freiwilligen Gerichtsbarkeit die Einsatzmöglichkeiten des Verfahrensbeistandes für Kinder erweitert werden könnten.

3.4. „Abo-Fallen“ im Internet

In ihrer Sitzung am 28. März 2007 ließ sich die Kinderkommission von einem Vertreter des Bundesministeriums für Justiz über geplante rechtliche Änderungen im Hinblick auf nachvertragliches Verhalten gegenüber Verbrauchern informieren. Anlass war der Fall eines verzweifelten 10-jährigen Mädchens, das im Internet einen Vertrag abgeschlossen hatte, ohne es zu wissen. Es wurde dann massiv von den Anwälten unter Druck gesetzt. Das Gespräch ergab, dass zur Umsetzung europäischer Richtlinien das Gesetz zum unlauteren Wettbewerb Änderungen und Ergänzungen erfahren wird, die die Rechtslage der Kinder im Verbraucherschutzbereich allgemein verbessern werden. Der Ministeriumsvertreter nahm das Gespräch auch als Anre-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

gung, sich nochmals vertieft mit dieser Problematik zu beschäftigen. Die Kinderkommission schlug vor, zu dieser Problematik die Bundesanwaltskammer im Hinblick auf standesrechtliche Aspekte anzuschreiben.

3.5. Auslandsadoptionen

Am 1. Januar 2002 ist das Gesetz zur Regelung von Rechtsfragen auf dem Gebiet der internationalen Adoption und zur Weiterentwicklung des Adoptionsvermittlungsrechts in Kraft getreten. Bereits im September 2006 ließ sich die Kinderkommission von einem Vertreter des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) berichten, ob die mit den Änderungen beabsichtigten Auswirkungen erreicht worden sind. In der Sitzung am 23. Mai 2007 griff die Kinderkommission die Problematik der Auslandsadoptionen erneut auf und erörterte dieses Thema mit einem Vertreter des BMFSFJ und des BMJ. Die Kinderkommission erwartet, dass sie auf dem Laufenden über die weiteren Entwicklungen in der Bund/Länder-Gruppe gehalten wird.

3.6. Inflight Spot „Witness“

In einem Kooperationsprojekt von terre des hommes und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde ein Kurzfilm mit der Aufforderung „Bitte stören!“ gedreht. Dieser Film will die Zuschauer motivieren, nicht wegzusehen, wenn sie Indizien für einen Kindesmissbrauch erkennen. Dieser Spot kann unter www.child-hood.com aufgerufen werden. In der Sitzung am 13. Juni 2007, zu der auch die Mitglieder des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingeladen waren, wurde dieses Projekt von Frau Christa Dammermann, Frau Ulrike Gregor und Herrn Timo Fischer von terre des hommes vorgestellt. Vertreterinnen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend berichteten über die Vernetzung mit anderen Projekten. Die Kommission war von diesem Projekt so überzeugt, dass sie sich mit einem Unterstützungsauftrag an alle Mitglieder des Deutschen Bundestages wandte. Die bisher eingegangenen Reaktionen zeigen, dass die Bot-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

schaft auch dort angekommen ist. Es laufen Bemühungen auf mehreren Ebenen, weitere Fluggesellschaften zu veranlassen, diesen Spot auf ihren Flügen zu zeigen.

Berlin, 5. Juli 2007

Bekämpfung sexueller Ausbeutung von Kindern im Tourismus

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

unter dem Titel „witness“ hat terre des hommes einen vom BMFSFJ unterstützten Kurzfilm zur Bekämpfung sexueller Ausbeutung von Kindern im Tourismus gedreht, der die Zuschauer für diese Problematik sensibilisieren will. Er kann unter www.childhood.com abgerufen werden. Dieser Kurzfilm wird in Flugzeugen, Kinos und diversen Fernsehsendern gezeigt. So unterstützt beispielsweise die LTU das Projekt, während andere Fluggesellschaften dem Projekt skeptisch gegenüber stehen.

Die Evaluation zeigt, dass der Kurzfilm die Botschaft deutlich vermittelt. Die Kinderkommission hat daher beschlossen, sowohl bei Fluggesellschaften als auch bei Betreibern von Flughäfen für dieses Projekt zu werben. In Betracht kommen auch Kinobesitzer und die Bahn.

Als Vorsitzende der Kinderkommission bitte ich Sie herzlich, dieses Projekt zu unterstützen. Gelegenheiten hierfür könnten sich im Rahmen eines Kontaktes mit einer Fluggesellschaft oder den genannten Unternehmen ergeben.

Mit freundlichen Grüßen



Marlene Rupprecht, MdB

3.7. Europäische Konvention zum Schutz der Kinder gegen sexuelle Ausbeutung und Missbrauch

In der Sitzung vom 4. Juli 2007 ließ sich die Kinderkommission von einer Vertreterin der Nichtregierungsorganisation ECPAT Deutschland e. V., Frau Mechthild Maurer,

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

über den derzeitigen Stand der geplanten Europäischen Konvention zum Schutz der Kinder gegen sexuelle Ausbeutung und Missbrauch berichten. Aus dem Gespräch ergaben sich für die Kommissionsmitglieder zahlreiche Fragen zu einzelnen Regelungen, insbesondere zu den von der deutschen Verhandlungsdelegation angemeldeten Vorbehalten. Zur Klärung dieser Fragen hat die Kommission die Bundesjustizministerin zu einem Fachgespräch eingeladen. Das Gespräch mit dem Justizstaatssekretär, Herrn Lutz Diwell, kam erst nach der Sitzungszeit der Abg. Marlene Rupprecht zustande.

3.8. Vorbereitung der Reise der Kinderkommission

Die Eindrücke aus der Roma-Konferenz im März 2007 (siehe 6.1.) waren so eindringlich, dass die Kommission beschloss, im November 2007 unter der Leitung der Abg. Marlene Rupprecht Tschechien, Ungarn und Rumänien zu bereisen. Die Mitglieder wollen unmittelbar vor Ort die Lebensverhältnisse der Roma, insbesondere der Kinder, erleben. Unter Beachtung dieser Erfahrungen soll überlegt werden, welche Handlungsmöglichkeiten - auch im europäischen Raum - sich anbieten und erfolgversprechend erscheinen, die Situation der Roma zu verbessern.

4. Kinderkommission beim Bundespräsidenten

Am 21. Juni trafen die Mitglieder der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zu einem Gespräch mit Bundespräsident Horst Köhler zusammen. Ziel war der Gedankenaustausch über die Situation der Kinder in Deutschland und die Möglichkeit der Schaffung kindgerechter Lebensbedingungen.

Beide Seiten wünschten sich, Deutschland zu einem noch kinderfreundlicheren Land zu machen und Kinderinteressen und das Kindeswohl in den Mittelpunkt aller kinderpolitischen Maßnahmen zu stellen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

Der Bundespräsident und die Kinderkommission kamen überein, den Dialog möglichst bald fortzusetzen.

Die Kinderkommission nahm die Gelegenheit wahr, ihre wichtigsten Anliegen dem Bundespräsidenten vorzutragen. Hierzu gehörte insbesondere das Thema „Kinderrechte in die Verfassung“, für das auch der Bundespräsident großes Interesse bekundete, so dass sich eine lebhafte Diskussion entwickelte. Die deutliche Überschreitung der vorgesehenen Gesprächsdauer bestätigte den erneuten Eindruck der Kinderkommission, dass dem Bundespräsidenten das Wohl der Kinder besonders am Herzen liegt.

5. Informationsgespräche und -termine

Außerhalb von Sitzungen der Kinderkommission fanden folgende Gespräche und Termine statt, die teilweise von der Vorsitzenden allein und teilweise von mehreren Mitgliedern der Kinderkommission wahrgenommen wurden:

- Gespräch mit Vertretern der Freien Universität Berlin zu Möglichkeiten der Beteiligung der Kinderkommission im Rahmen des interdisziplinären europäischen Masterstudienganges zu Kinderrechten am 30. November 2006
- Gespräch mit dem Qualitätsverbund Bunter Kreis zur Umsetzung der sozialmedizinischen Nachsorge für chronisch und schwerstkranke Kinder in Augsburg am 24. Januar 2007
- Gespräch mit der Bundespsychotherapeutenkammer am 2. Februar 2007
- Gespräch mit der Stiftung „Bündnis für Kinder - gegen Gewalt“ gemeinsam mit der Bayerischen Staatsministerin Frau Stewens, Projektbesichtigung und Pressekonferenz am 5. Februar 2007
- Gespräch mit dem Verein Besonders Begabte Kinder e. V. zur Unterstützung eines Ferienprojekts für Kinder ab acht Jahren am 2. April 2007
- Bundesfachtagung der Diakonie am 14. März 2007 zum Thema „Pflegefamilien auch für Kinder mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen“

6. Veranstaltungen

6.1. UNICEF-Symposium zum Thema „Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation“ am 5. März 2007

Die Kinderkommission hat die Schirmherrschaft für diese Konferenz übernommen. Nach der Eröffnungsrede des Bundesinnenministers, Dr. Wolfgang Schäuble, richtete die Vorsitzende folgende Grußworte an die Konferenzteilnehmer:

Guten Morgen, meine Damen und Herren,

ich darf Sie hier im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus recht herzlich begrüßen. Mein Name ist Marlene Rupprecht. Ich bin derzeit die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Mein Gruß gilt auch im Namen meiner hier anwesenden Kolleginnen, Frau Michaela Noll, CDU/CSU-Fraktion, Frau Diana Golze, Fraktion DIE LINKE., und Frau Ekin Deligöz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich gehe davon aus, dass die Kollegin aus der FDP-Fraktion, Frau Miriam Gruß, noch kommen wird. Ich darf ebenfalls begrüßen Frau Kerstin Griese, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat die Schirmherrschaft für diese Konferenz „Roma-Kinder in Europa – Zwischen Isolation und Integration“ übernommen, weil wir für die Wahrnehmung der Belange aller Kinder in Deutschland zuständig sind. Wir sind davon überzeugt, dass jedes Kind das Recht auf ein gesundes und glückliches Aufwachsen hat, d. h. die UN-Kinderrechtskonvention für alle gilt. Die Kinderkommission versteht Kinderpolitik als Politik auf Augenhöhe. Eine Politik, die ernst nimmt. Wir verschließen nicht die Augen vor Problemen. Wir wollen wissen, warum der Zugang zu Bildung von Roma-Kindern in Europa, auch bei uns in Deutschland, so schwierig ist. Wir wissen aus dem Bericht z. B. der Parlamentarischen Versammlung des Europarates von 2002, dass es Roma-Gemeinschaften gibt in Europa mit den schlechtesten Zugängen zur Gesundheitsversorgung. Beispiels-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

weise gibt es Gemeinschaften mit über 90 % Hepatitisdurchseuchung, weil nicht geimpft wird, weil die hygienischen Verhältnisse schlecht sind. Wir wissen, dass eine hohe Säuglingssterblichkeit an der Tagesordnung ist und dass man meint, man sei in Ländern der Dritten Welt.

Deshalb begrüßen wir es ganz besonders, dass wir heute die Gelegenheit erhalten, mit Vertretern der Roma, mit Fachleuten und mit der Politik, und an dieser Stelle möchte ich ganz herzlich begrüßen und mich bedanken bei Herrn Minister Schäuble, dass er zur Konferenz gekommen ist, dass wir heute im Rahmen dieser Konferenz über die Situation der Roma-Kinder sprechen. Ganz bewusst legen wir Wert auf die Situation der Kinder. Und genau deshalb möchte ich ganz herzlich meinen Dank aussprechen an Frau Heide Simonis, Vorsitzende von UNICEF, dass UNICEF dieses initiiert hat, durchführt und uns die Möglichkeit gibt, hier aktiv zu werden. Mein ganz besonderer Dank gilt natürlich dann auch Herrn Schlagintweit. Herr Schlagintweit, wir trafen uns 2002 beim Weltkindergipfel. Am Rande einer Veranstaltung habe ich mit ihm über die Situation von Roma-Kindern und Romas in Europa gesprochen. Er hat diese Anregung aufgenommen und ist seither ein, so denke ich, guter Kenner und Kämpfer dafür, dass wir die Situation unter die Lupe nehmen. Diese Beschäftigung führte eben zu dieser Konferenz.

Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, die dazu beigetragen haben, dass diese Konferenz heute stattfinden kann. Auch den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die zum Teil weite Reisen auf sich genommen haben, um hier zu sein. Ihnen allen gilt unser Dank und unser herzliches Willkommen hier im Deutschen Bundestag.

Uns allen wünsche ich heute einen guten Verlauf, viele Erkenntnisse über uns, aber auch über die Situation, und ich darf nun weitergeben an Frau Simonis, die für UNICEF die Einführung geben wird.

Die Eindrücke und Erkenntnisse aus dieser Konferenz gaben den Anstoß dafür, dass die Kinderkommission diesen Problemen vertieft nachgegangen ist. So hat sie mit dem folgenden Schreiben sowohl den Bundesinnenminister als auch die Ministerprä-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

sidenten auf den unsicheren aufenthaltsrechtlichen Status vieler Roma-Familien und ihre massive Benachteiligung in der Gesellschaft hingewiesen.

Bundesminister des Innern
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble, MdB
Alt Moabit 101 D
10559 Berlin

Berlin, 2. April 2007

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die Kinderkommission hat sich zusammen mit UNICEF in einer Konferenz am 5. März 2007 im Deutschen Bundestag mit dem Thema „Roma-Kinder in Europa – Zwischen Integration und Isolation“ befasst, zu der Sie die Eröffnungsrede gehalten haben.

Die Konferenz hat den Kommissionsmitgliedern und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit großer Deutlichkeit vor Augen geführt, in welcher sozialen und ökonomischen Lage die Roma und ihre Kinder in Südosteuropa, aber z. T. auch in Deutschland leben.

Angaben zufolge haben 70.000 Sinti und Roma die deutsche Staatsbürgerschaft. Weiter gibt es etwa 50.000 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, die schon seit vielen Jahren hier leben und deren Kinder zum Teil hier geboren sind. Wie in den anderen europäischen Ländern teilen die unterschiedlichen Roma-Gruppen auch in Deutschland die Erfahrung, als „Zigeuner“ beschimpft und diskriminiert zu werden. Besonders schwierig ist die Lage der Flüchtlinge.

Wie eine Untersuchung des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin in Zusammenarbeit mit UNICEF ergab, sind etwa zwei Drittel der Familien in Deutschland lediglich geduldet. Sie dürfen nicht arbeiten, erhalten nur 70 Prozent des Sozialhilfesatzes und haben keinen Anspruch auf Kinder- oder Erziehungsgeld. Sie dürfen auch nicht an Sprach- und Integrationskursen teilnehmen. So haben z. B. im Saarland geduldete Flüchtlingskinder kein Anrecht, die Schule zu besuchen. In Baden-Württemberg und Hessen unterliegen sie nicht der Schulpflicht. Es hängt dort somit von Eltern, Sozialarbeitern oder der Schulleitung und Lehrern ab, ob sie zur Schule gehen. Besonders schwer haben es Roma-Kinder, die mit ihren Familien jahrelang in abgelegenen provisorischen Unterkünften am Stadtrand, in Gewerbegebieten, alten Schulen oder Hotels und Verwaltungsgebäuden untergebracht sind. Eine solche

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

Wohnsituation grenzt aus und stigmatisiert. Sie werden so schnell zu hoffnungslosen Fällen, die man einfach abschreibt.

Nach Darstellung des Kinderhilfswerks UNICEF werden auch in Deutschland die Kinder aus Roma-Familien nach wie vor benachteiligt und häufig einfach „vergessen“. Es hängt vor allem von den Kommunen und Initiativen ab, wie stark die Einschränkungen für die Flüchtlinge sind und welche Förderung sie erfahren.

Die Kinderkommission ist der Auffassung, dass Roma-Kinder die Chance bekommen müssen, den Teufelskreis aus Armut, Ausgrenzung und Vorurteilen zu durchbrechen und die Gesellschaft muss ihnen eine Perspektive zur Integration und Teilhabe bieten. Das käme nicht nur diesen Kindern zugute, sondern hilft auch, die sozialen und politischen Folgekosten zu minimieren.

Die Mitglieder der Kinderkommission sehen darum Handlungsbedarf und regen an, dass sich die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern in einer ihrer nächsten Sitzungen mit dem Thema Roma-Kinder befasst. Trotz Vorliegen einer Reihe von Informationen mangelt es an gesicherten empirischen Daten zur rechtlichen und sozialen Lage von Roma-Kindern. Eine Lücke, die es zu füllen gilt. Weitere Handlungsfelder sehen die Kommissionsmitglieder beim Aufenthaltsstatus, bei den Lebens- und Wohnverhältnissen und im Bereich Gesundheit und Bildung.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, ich habe mit gleichem Schreiben auch die Ministerpräsidenten der Bundesländer angeschrieben und sie gebeten, sich für eine Aufsetzung des Themas „Roma-Kinder“ in einer Innenministerkonferenz stark zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Marlene Rupprecht, MdB

Aus den Antworten ergibt sich, dass das Thema „Situation der deutschen Sinti und Roma und ihr Schutz als nationale Minderheit“ und die Forderung, ein besonderes gesetzliches Diskriminierungsverbot in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen, zwischenzeitlich in der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern erörtert wurde. Es soll ein entsprechender Entwurf erarbeitet werden.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

Darüber hinaus hat die Kinderkommission den Bundesaußenminister und die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wie folgt angesprochen:

Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Dr. Frank-Walter Steinmeier
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Berlin, 2. April 2007

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die Kinderkommission hat sich zusammen mit UNICEF in einer Konferenz am 5. März 2007 im Deutschen Bundestag mit dem Thema „Roma-Kinder in Europa – Zwischen Integration und Isolation“ befasst.

Die Konferenz hat den Kommissionsmitgliedern und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit großer Deutlichkeit vor Augen geführt, in welcher sozialen und ökonomischen Lage die Roma und ihre Kinder in Südosteuropa, aber z. T. auch in Deutschland leben.

Angaben zufolge haben 70.000 Sinti und Roma die deutsche Staatsbürgerschaft. Weiter gibt es etwa 50.000 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, die schon seit vielen Jahren hier leben und deren Kinder zum Teil hier geboren sind. Wie in den anderen europäischen Ländern teilen die unterschiedlichen Roma-Gruppen auch in Deutschland die Erfahrung, als „Zigeuner“ beschimpft und diskriminiert zu werden. Besonders schwierig ist die Lage der Flüchtlinge.

Laut einem Lagebericht von UNICEF ist die Diskriminierung in Südosteuropa noch größer. Fast die Hälfte der Roma in Südosteuropa sind Kinder und Jugendliche. Bei aller Unterschiedlichkeit haben sie eines gemeinsam: Die meisten sind arm und wachsen in Verhältnissen auf, die oft nicht viel besser sind als in den Entwicklungsländern. Vor allem die Kinder leiden unter Armut, Diskriminierung und Perspektivlosigkeit. So besuchen in Albanien, Bulgarien und Rumänien gegenwärtig 20 bis 40 Prozent und in Bosnien-Herzegovina 80 Prozent der Roma-Kinder keine Schule. Nicht nur in diesen Ländern, sondern auch in Mazedonien, Montenegro, Serbien und

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

dem Kosovo werden Roma-Kinder mit „fadenscheinigen“ Begründungen an Sonderschulen verwiesen oder an sogenannte „Roma-Schulen“ mit schlecht qualifizierten Lehrern verwiesen.

Die Mitglieder der Kinderkommission sehen darum Handlungsbedarf. Die Kommission ist der Auffassung, dass Roma-Kinder die Chance bekommen müssen, den Teufelskreis aus Armut, Ausgrenzung und Vorurteilen zu durchbrechen und die Gesellschaft muss ihnen eine Perspektive zur Integration und Teilhabe bieten.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, als einen Schritt auf diesem Weg sieht die Kinderkommission die Herstellung von Öffentlichkeit an. Sie regt daher an, dass das Auswärtige Amt in seinen Länder- und Lageberichten zu diesen Ländern auf die Situation der Roma und ihrer Kinder aufmerksam macht.

Mit freundlichen Grüßen

Marlene Rupprecht, MdB

Die Anregung der Kinderkommission, in den Länder- und Lageberichten auf die Situation der Roma und ihrer Kinder aufmerksam zu machen, wurde als wichtiger Anstoß aufgegriffen.

Die Kinderkommission hat diese Konferenz zum Anlass genommen, ihre nächste Delegationsreise nach Tschechien, Ungarn und Rumänien zu planen, um sich vor Ort einen eigenen Eindruck von der Situation der Roma-Kinder zu verschaffen.

6.2. Tag der Ein- und Ausblicke am 25. März 2007

Im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge und der parlamentarischen Begleitung der EU-Ratspräsidentschaft veranstaltete der Deutsche Bundestag am 25. März 2007 einen Tag der Ein- und Ausblicke. Am hierfür eingerichteten Stand der Kinderkommission hatten die Kinder Gelegenheit, sich über die Kinderkommission zu informieren und

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

mit den Kommissionsmitgliedern ins Gespräch zu kommen. Die Sport- und Vereinshilfe e.V. des Kreissportbundes Oberhavel bot einen Fitness-Check an, der auf rege Nachfrage bei den Kindern stieß. Auch die vom Kindermuseum Labyrinth veranstaltete Kinderolympiade und die Europawerkstatt, in der es um Fragen zu den deutschen Nachbarn ging, wurden von den Kindern mit Begeisterung angenommen.

6.3. Evangelischer Kirchentag am 7. Juni 2007

Die Kinderkommission veranstaltete am 7. Juni 2007 auf dem Evangelischen Kirchentag auf der Hauptbühne eine Podiumsdiskussion. Außerdem besuchte sie u. a. die „Kinderbotschaft“, in der die Ergebnisse der Kinder des „Zentrums Kind“ gesammelt und dokumentiert werden. Diese Dokumente sollen der Kinderkommission in Berlin im Herbst 2007 übergeben werden.

6.4. Kindertage des Deutschen Bundestages am 4. Dezember 2006 und 11. Juni 2007

Am 4. Dezember 2006 und am 11. Juni 2007 beteiligte sich die Kinderkommission mit einem Informationsstand am Kindertag des Besucherdienstes des Deutschen Bundestages, an denen Führungen nur für Kinder stattfinden. Die Kinder lernen so mit ihrer Schulklasse das Reichstagsgebäude kennen und können auf kindgerechte Art Einblicke in die politische Arbeit gewinnen. Die Mitglieder der Kinderkommission erklären den Kindern ihre Arbeit und stehen ihnen für Fragen zur Verfügung. Beliebt bei den Kindern sind auch die von den Mitarbeitern des Sekretariats und des Besucherdienstes verteilten Taschen mit Informationsmaterial.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

7. Öffentlichkeitsarbeit

7.1. Pressemitteilungen

Die Kinderkommission macht durch Pressemitteilungen auf ihre Arbeit und auf aktuelle kinderpolitische Problemstellungen aufmerksam. In der Vorsitzzeit der Abg. Marlene Rupprecht sind im Einzelnen folgende Pressemitteilungen erschienen:

- | | |
|------------|--|
| 13.11.2006 | Öffentliche Anhörung der Kinderkommission zum Thema „Kinderrechte in die Verfassung“ |
| 23.11.2006 | Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Schutz von Kindern vor den Folgen des Passivrauchens |
| 27.11.2006 | Stellungnahme der Kinderkommission zu Hilfen für die Kinder psychisch kranker Eltern |
| 30.11.2006 | Kinderkommission des Bundestages zum Weltaidstag am 1. Dezember 2006: Im Kampf gegen Aids nicht nachlassen! |
| 30.11.2006 | Rücknahme der Vorbehaltserklärungen gegen die UN-Kinderrechtskonvention
Beschluss der Kinderkommission vom 8. November 2006 |
| 19.12.2006 | Kinderkommission plant, interfraktionellen Gesetzentwurf zur Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung zu initiieren |
| 06.02.2007 | Kinderkommission des Bundestages erklärt zum Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar 2007: „Verbesserung der Förderung von Kinderhospizen“ |
| 20.02.2007 | Andere Sprachen und Kulturen bieten ein großes Potential
Zum Internationalen Tag der Muttersprache am 21. Februar 2007 |
| 26.02.2007 | „Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation“
UNICEF-Konferenz unter Schirmherrschaft der Kinderkommission des Deutschen Bundestages |
| 16.03.2007 | Öffentliche Anhörung der Kinderkommission zum Thema „Kinderlärm“ |

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

- | | |
|------------|--|
| 29.03.2007 | Leselust statt Lesefrust - Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Internationalen Kinderbuchtag am 2. April 2007 |
| 23.04.2007 | Kinderkommission des Bundestages zum Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag am 26. April 2007 „Erkenne deine Möglichkeiten“ |
| 24.05.2007 | „Jedes vermisste Kind ist ein vermisstes Kind zu viel“
Zum internationalen Tag des vermissten Kindes am 25. Mai 2007 erklärt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages |
| 25.06.2007 | Kinderkommission des Deutschen Bundestages beim Bundespräsidenten |
| 25.07.2007 | Einladung zur Pressekonferenz: Kinderkommission informiert über den turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz |

Diese Pressemitteilungen können unter Anhang I nachgelesen werden.

7.2. Pressekonferenzen

- | | |
|------------|--|
| 08.11.2006 | Pressekonferenz anlässlich des turnusmäßigen Vorsitzwechsels in der Kinderkommission |
| 31.07.2007 | Pressekonferenz anlässlich des turnusmäßigen Vorsitzwechsels in der Kinderkommission |

7.3. Internetauftritt der Kinderkommission

Die Internetseiten des Deutschen Bundestages enthalten ausführliche Informationen über die Mitglieder und die Arbeit der Kinderkommission. Die Adresse lautet wie folgt: www.kinderkommission.de.

7.4. Broschüre

Auch in der Vorsitzzeit der Abgeordneten Marlene Rupprecht war die Broschüre der Kinderkommission immer wieder Gegenstand von Beratungen. Der Kommission ist es wichtig, mit nach Altersgruppen unterschiedlich aufbereiteten Broschüren die Kinder altersgerecht anzusprechen.

7.5. Blickpunkt Bundestag, Ausgabe Februar 2007

In seiner Ausgabe vom Februar 2007 befasste sich „Blickpunkt Bundestag“ mit der Kinderkommission. Die dortige Vorstellung der „Fabelhaften Fünf“ kann dem Anhang III entnommen werden.

8. Mitgliedschaft in Gremien

Im Berichtszeitraum verfolgte die Kinderkommission kinderpolitische Interessen auch durch Mitarbeit in den Gremien anderer Organisationen. Abg. Marlene Rupprecht vertrat die Kommission in folgenden Gremien:

- Kommission für Arzneimittel für Kinder und Jugendliche (KAKJ) im Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte
- Bund/Länder-Koordinierung zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“
- Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Schutz vor kommerzieller sexueller Ausbeutung“

9. Kommissionsdrucksachen

Wichtige Beratungsunterlagen und Informationsdokumente der Kinderkommission werden als Kommissionsdrucksachen gesondert gekennzeichnet.

Diese Kommissionsdrucksachen können im Anhang II nachgelesen werden.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

10. Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission

10.1. Abgeordnete Marlene Rupprecht

November 2006

6. Grußwort zur Fachtagung „Kindschaftsrecht - Entwicklungen und Perspektiven für eine am Kindeswohl orientierte Praxis“
6. Themenworkshop mit Familienverbänden
16. Diskussion zum Bayerischen Verfassungstag mit Schülern des Helene-Lange-Gymnasiums, Fürth
17. Abendveranstaltung „Gesunde Mütter - starke Kinder - zukunftsfähige Familien“, SPD-OV Neuendettelsau
19. Interview im Südwestfunk zur öffentlichen Anhörung „Kinderrechte in die Verfassung“
19. Interview im Deutschlandradio zur öffentlichen Anhörung „Kinderrechte in die Verfassung“
20. Interview im ZDF-Morgenmagazin zur öffentlichen Anhörung „Kinderrechte in die Verfassung“
22. Gespräch zum Antrag „Früherkennungsuntersuchungen“ im Ausschuss FSFJ
22. Parlamentarischer Abend im Deutschen Bundesjugendring
29. Fachtagung im BM FSFJ „Aktuelle Herausforderung im Kinder- und Jugendschutz - Sexuelle Gewalt durch die neuen Medien“
29. Parlamentarischer Abend mit der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)
30. Gespräch mit Herrn Rösner zum „KICK“
30. Gespräch mit Frau Johanna Stengel von Childwatch Foundation zu den Kinderuntersuchungen U1 - U9
30. Gespräch zur Zusammenarbeit der Kinderkommission mit der FU Berlin im Rahmen eines interdisziplinären Masterstudienganges zu Kinderrechten
30. Fachtagung der BundesAG Behindertenpolitik „Kinder- und Jugendliche mit Behinderungen - Chancen auf Teilhabe stärken“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

Dezember 2006

1. Workshopleitung und Referat „Aufgabe und Ziele der Kinderkommission - Ein Blick in die Zukunft“ beim Kongress Armut und Gesundheit
4. Teilnahme am Kindertag des Deutschen Bundestages
5. Besuch der Kinderklinik Fürth in Begleitung des Teams von „Blickpunkt“
6. Diskussion bei der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Fürth zum Thema „Eine Welt für Kinder“
7. Konstituierende Sitzung einer Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindgerechtes Deutschland 2005 - 2010“ im BMFSFJ
14. Besuch des Emmi-Pikler-Hauses „Rund-um-die-Uhr-Betreuung für Säuglinge und Kleinkinder aus Krisenfamilien“

Januar 2007

11. Gespräch mit der Kinderarche in Fürth
11. Übergabe von Nachhilfegutscheinen im Studienkreis Fürth
16. Gespräch mit der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)
18. Ausschusssitzung Jugendkampagne „alle anders - alle gleich“
18. Gespräch zur Planung des Bundeszentralen Weltkindertagsfestes im FEZ mit Herrn Grospitz
26. Besuch einer 3. Klasse in der Staatlichen Fachoberschule und Berufsober-
schule in Fürth
30. Gespräch mit der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)
31. Parlamentarischer Abend mit dem Bayerischen Jugendring

Februar 2007

1. Gespräch mit Herrn Raimund Schmidt vom Kindernetzwerk

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

1. Podiumsdiskussion beim Integ Jugend (Sozialverband Deutschland) zum Thema „Kinderarmut“
2. Gespräch mit Prof. Dr. Eberhard Kruse zum Thema „Neugeborenen-Hörscreening“
2. Gespräch mit Frau Dr. Tophoven von der Bundespsychotherapeutenkammer
5. Besuch des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen und Gespräch mit Frau Ministerin Ch. Stewens mit der Kinderkommission
5. Besuch des Salberghauses in Putzbrunn mit der Kinderkommission
5. Veranstaltung der GEW und des Kinderschutzbundes in Nürnberg
8. Entgegennahme des Abschlussmanifestes und Rede auf der Jugendtagung „Gender und Entwicklung“
11. Kinderfasching der SPD in Puschendorf
12. Gespräch mit Herrn Dallmann von der AEJ
14. Besuch des Gymnasiums in Scheinfeld
28. Gespräch zum Thema „Werteorientierte Jugendarbeit - Wieviel ist der Politik die Jugendarbeit wert?“ beim CVJM „Jugendpolitik“
28. Parlamentarischer Abend zum Thema „Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen“ mit dem Bundesverband Deutscher Süßwarenindustrie

März 2007

1. Podiumsdiskussion in der Katholischen Akademie Berlin e. V. zum Thema „European Master in Children's Rights“
2. Interview im Südwestfunk
2. Gespräch mit dem Bundesverband Erziehungshilfe e. V.
3. Referat und Podiumsdiskussion im Rahmen des Landeskongresses zur Schulsozialarbeit in München
4. Vorbesprechung der Pressekonferenz zum UNICEF-Symposium „Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

5. Grußwort und Podiumsdiskussion im Rahmen des UNICEF-Symposiums
5. Pressekonferenz zum UNICEF-Symposium
12. Gespräch zum Thema „Familien- und kinderfreundliche Gemeinden“ im KIBIZ in Sachsen bei Ansbach
13. Besuch des Helene-Lange-Gymnasiums in Fürth
14. Bundesfachtagung der Diakonie zum Thema „Wege finden - Türen öffnen; Pflegefamilien auch für Kinder mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen“ in Düsseldorf
16. Grußwort zur Jugendveranstaltung „Baustelle Vielfalt“ in Illingen im Rahmen der Kampagne „alle anders - alle gleich“
20. Gespräch mit Herrn Schlagintweit von UNICEF
20. Grußwort zur Eröffnung des Hauses der Kindergesundheit in Berlin
21. Sitzung der Kommission für Arzneimittel für Kinder und Jugendliche, KAKJ, Bonn
25. Teilnahme an der Veranstaltung des Deutschen Bundestages „Tag der Ein- und Ausblicke“
26. Besuch der Realschule Zirndorf zum „Europatag“
28. Gespräch mit Schülern des Helene-Lange-Gymnasiums Fürth in Berlin

April 2007

1. Fachtagung und Podiumsdiskussion der Ev. Akademie Bad Boll zum Thema „Kindeswohlgefährdung“
2. Gespräch der Kinderkommission mit dem Verein Besonders Begabte Kinder e. V.
20. Interview im RBB-Kulturradio
24. Sitzung der Lenkungsgruppe NAP des BMFSFJ
25. Gespräch mit AGJ und AGFSFJ

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

26. „Girls Day“, Gespräch und gemeinsames Essen mit einem Gast aus dem Wahlkreis

Mai 2007

3. Expertengespräch mit AGJ in Berlin zum Thema „Kinderrechte in die Verfassung“
9. Jugendpolitische Abendrunde mit FSFJ
10. Jahresempfang der Caritas „Mach dich stark für starke Kinder - Jugend ist Zukunft“
11. Grußwort und Rede „Sicht der Politik zur Eltern-Selbsthilfe“ beim Kindernetzwerk in Aschaffenburg zum Thema „15 Jahre Kindernetzwerk“
17. Gespräch mit Kinderstraße e. V. in Nürnberg
18. Besuch der Realschule Zirndorf
24. Schülergespräch zur Kinderkommission und zu den Kinderrechten eines Gymnasiums in Berlin-Prenzlauer Berg
24. Gespräch mit Familienhebammen e. V.
25. Telefoninterview zum „Tag des vermissten Kindes“ mit dem Hessischen Rundfunk
25. Interview mit der Deutschen Welle
25. Telefoninterview mit dem WDR 5

Juni 2007

4. Fachtagung „Europäisches Forum der Rechte des Kindes“
7. Besuch des Evangelischen Kirchentages in Köln und Podiumsdiskussion „Kleine Haie treffen große Haie“ mit der Kinderkommission
11. Kindertag des Deutschen Bundestages
11. Öffentliche Anhörung „Ernährung und Bewegung“ des Ausschusses ELV Gespräch zum Antrag zur stationären Versorgung der Kinder- und Jugendmedizin mit Prof. Dr. Nentwich

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

13. Parlamentarischer Abend der Caritas zum Thema „Kindergesundheit“
13. Parlamentarischer Abend im Beethovenkreis mit Jugendverbänden
14. Pressekonferenz von terres des hommes
14. Telefoninterview mit der Journalistin Frau Dieckhoff
15. Podiumsdiskussion beim Kongress „Kinderschutz“ des Deutschen Vereins für öffentl. und private Fürsorge
18. Vorgespräch mit Fontana Eberle in Fürth zum Thema „Kinderfreundliche Stadt“
18. Gespräch und gemeinsames Essen mit Teilnehmerin aus dem Wahlkreis bei „Jugend und Parlament“
20. Gespräch der Kinderkommission mit dem Bundespräsidenten
23. Festansprache in Immenreuth zu „40 Jahre SOS-Kinderdorf Oberpfalz“
23. Infostand zum Thema „Kinderrechte“ beim Schulfest der Grundschule Emskirchen
26. Sitzung der AK Gesundheit NAP des BMFSFJ in Bonn

Juli 2007

1. SPD-Kinderfest in Wilhermsdorf
1. SPD-Kindersommerfest in Seukendorf
3. Vorgespräch mit Frau Maurer zur EU-Konvention zum Schutz der Kinder gegen sexuelle Ausbeutung und Missbrauch
5. Fachgespräch zum Thema „Partizipation“ mit dem Deutschen Kinderhilfswerk
7. Begrüßung der Jugendfeuerwehr in Cadolzburg, Rangauschau
8. Schirmherrschaft über das „Gummienten-Rennen“ der Veranstaltung „Kinderfreundliche Stadt“ in Fürth
16. Schülergespräch in der Realschule Zirndorf in Berlin
26. Interview mit „Radijojo“ Kinderradio

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

30. Pressekonferenz zum Vorsitzwechsel

10.2. Abgeordnete Michaela Noll

November 2006

17. Vorlesestunde „Große für Kleine“ über die Stiftung Lesen in Erkrath
17. Aktionstag „Integration durch Sport“ in Mettmann
22. Parlamentarischer Abend des Deutschen Sports „Integration im und durch den Sport“ in Berlin
23. Kinder- und Jugendreisegipfel/Politalk in Berlin
28. Blue Evening von O2, Diskussion zum Thema Kinder und Medien in Berlin
29. Fraktionssymposium „Auf den Anfang kommt es an, damit kein Kind verloren geht“ in Berlin
30. Gespräch zur Zusammenarbeit der Kinderkommission mit der FU Berlin im Rahmen eines interdisziplinären Masterstudienganges zu Kinderrechten

Dezember 2006

6. Konferenz beim Bundespräsidenten zum Thema „Familie, Lebensverläufe und das Miteinander der Generationen“ in Berlin
8. Podiumsdiskussion „Kinderarmut und Frühwarnsystem“ in Erkrath
14. Präsentation des Modellprojekts an der Charité in Berlin zur Behandlung von Kindern, die unter dem Verdacht stehen, misshandelt worden zu sein

Januar 2007

29. Veranstaltung „Großer Stern des Sports“ in Berlin
31. Initiative Geldkarte / Einladung zum Thema „Killerspiele“ etc. in Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

Februar 2007

1. Frühstück mit dem Deutschen Kinderhilfswerk e. V. in Berlin
1. Neujahrsempfang der Deutschen Kinderhilfe Direkt e. V. in Berlin
5. Besuch des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen und Gespräch mit Frau Ministerin Ch. Stewens mit der Kinderkommission
7. Ortsverband Hösel zum Thema „Wo wir leben, müssen Kinder und Familien eine Zukunft haben“ in Ratingen
23. Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels, als Jurymitglied des Kreisentscheidendes in Mettmann

März 2007

5. UNICEF-Symposium „Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation“ in Berlin
25. Tag der Ein- und Ausblicke des Deutschen Bundestages in Berlin

April 2007

18. Besuch des Kinderschutzbundes in Monheim
26. Gesprächstermin mit SICHT WECHSEL für gewaltfreie Medien in Berlin

Mai 2007

10. Treffen mit GewinnerInnen von www.mitmischen.de in Berlin
19. Eröffnung des 25. Internationalen Kinder- und Familienfestes in Langenfeld
28. Fußballturnier der Bambini vom FV-Fußballjugend Hilden-Nord e. V. in Hilden

Juni 2007

7. Besuch des Evangelischen Kirchentages in Köln und Podiumsdiskussion „Kleine Haie treffen große Haie“ mit der Kinderkommission

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

8. Besuch eines Familienzentrums in Hochdahl zum Thema Familienbildung, Betreuung unter 3-Jähriger und Kindertagespflege
11. Kindertag des Deutschen Bundestages
21. Gespräch der Kinderkommission mit dem Bundespräsidenten in Berlin

Juli 2007

5. Pressekonferenz des Deutschen Kinderhilfswerkes „Größte Bewegungsbaustelle in das Guinness-Buch“ in Berlin

10.3. Abgeordnete Miriam Gruß

November 2006

9. Besuch einer Kita in Berlin für „Blickpunkt Bundestag“
12. Papilio-Fachsymposium „Frühzeitige Prävention im Kindergarten“ in Augsburg
13. Besuch des Laternenfestes im Kinderhaus der Bärenbande in Horb am Neckar
17. Vorleseaktion der ZEIT, Stiftung Lesen, im Kindergarten Villa Kunterbunt in Augsburg
27. Impulsreferat zur Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung zum Thema „Kinderarmut“ in Frankfurt/Oder

Dezember 2006

6. Podiumsteilnehmerin bei der Phönix-Runde zum Thema „Demographischer Wandel“

Januar 2007

9. Besuch des Peutinger Gymnasiums in Augsburg
9. Besuch eines Kindergartens in Sonthofen

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

15. Scheckübergabe in einem Kindergarten in Würzburg
22. Projekttag in der Volksschule Herrenbach
31. Round Table Killerspiele, Initiative Geldkarte in Berlin

Februar 2007

5. Stiftung „Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt“ in München
12. Besuch auf dem Paulihof in Kühbach
22. Interview mit Augsburg-TV zum Thema „Kinder mit Migrationshintergrund“
28. Parlamentarischer Abend beim BDSI „Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen“ in Berlin

März 2007

1. Podiumsdiskussion zum Thema „Kinderrechte in das Grundgesetz“ und Vorstellung des Masterstudienganges Kinderrechte in der Katholischen Akademie in Berlin
2. Gespräch mit Michael Hartje, Geschäftsführer der Deutschen Verkehrswacht in Berlin
8. Interview im ARD-Hauptstadtstudio Hörfunk zum Thema „Kinder sind Zukunft“ in Berlin
20. Eröffnung des Hauses der Kindergesundheit (DGKJ) in Berlin
20. Treffen mit BundesAG Kinder- und Jugendschutz, Vertr. Sachsen-Anhalt in Berlin

April 2007

17. „Kein Land für Kinder“ - Vortrags- und Diskussionsabend in Augsburg
21. Berliner Gespräch zur ARD-Themenwoche „Kinder sind Zukunft“ im ARD-Hauptstadtstudio
24. Gespräch mit der Seminargruppe CVJM zum Thema „Jugendmedienschutz im Internetzeitalter“ in Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

Mai 2007

10. Gespräch mit Frau Horstick und Herrn Thomas Scheffler - Kinderseite in Berlin
10. Gespräch mit Alkopops-Getränkehersteller Diageo in Berlin
22. „Kinderfreundliches Deutschland“ - UNICEF-Studie: „Folgen und Forderungen“ in Berlin, Abgeordnetenhaus
31. Besuch des Kindergartens „Weidenkorb e.V.“ in Münster
31. „Westfälische Gespräche“ - Thema: „Jugend/Jugendhilfe“ beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Münster

Juni 2007

11. Interview mit RTL, Herrn Benkö, zum Thema „Sicherheit von Kindern in Flugzeugen“ in Berlin
13. Gespräch mit Herrn Braun von der Lufthansa in Berlin
14. Kindersicherheitstag 2007/BAG Mehr Sicherheit für Kinder e. V. beim BMG
18. Gespräch mit Frau Joneleit-Oesch zur Kinderstudie in Berlin
19. Polittalk „Wieviel Familie darf's denn sein? - Zwischen Stechuhr und Stillzeit“ in der Vertretung NRW in Berlin

Juli 2007

5. Pressekonferenz des Deutschen Kinderhilfswerks zum Thema „Größte Bewegungsbaustelle ins Guinness Buch“ am Bundespressestrand in Berlin
7. 40 Jahre Gögginger Kinderfest im Roncali-Haus in Göggingen
7. Mitgliederversammlung KL „Kinderkrippe, Kindergarten, Schule - die Kinder in der Gemeinde“ in Ingolstadt
10. Besuch der Hauptschule „gestern-heute-morgen“ in Neu-Ulm
23. Fachtagung München/Kinderkultursommer „Schule und Kultur: Hand in Hand“ im Olympiapark München

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

27. Zeugnisfest mit Hildebrecht Braun im Horizonthaus Oberschleißheim

10.4. Abgeordnete Diana Golze

November 2006

6. Themenworkshop mit Familienverbänden in Berlin
14. Gespräch mit dem Arbeitskreis „Keine Gewalt gegen Frauen und Kinder“ in Brandenburg an der Havel
14. Besuch des Frauen- und Familienzentrums in Brandenburg an der Havel
15. Gespräch mit einer Besuchergruppe der Freien Grundschule Lübnitz im Reichstag
16. Teilnahme an der Auftaktveranstaltung zum Projekt „Lesestart“ in Berlin, E-Werk
17. Pippi Langstrumpf-Aktion zum Vorlesetag in der Bibliothek in Rathenow
20. Anhörung Programme gegen Rechtsextremismus im Reichstag
20. Öffentliche Anhörung zum Thema „Kinderrechte ins Grundgesetz“
22. Parlamentarischer Abend des Deutschen Bundesjugendrings in Berlin
23. Parlamentarisches Frühstück des vpk zu Kinder- und Jugendmedizin in Berlin
25. Teilnahme am Tag der offenen Türe der Grundschule West in Rathenow
30. Gespräch mit Vertretern der FU und TU Berlin in Vorbereitung des Studienganges Kinderrechte“

Dezember 2006

1. Teilnahme am Kinderweihnachtsmarkt „Kidsinvasion“ in Elstal
2. Veranstaltung zu Kinderarmut im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Rote Möwe“ in Hamburg
4. Teilnahme am Kindertag im Deutschen Bundestag

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

6. Adventsbasteln in der Pestalozzi-Schule in Rathenow
6. Nikolausfeier bei Kleeblatt e. V. in Rathenow
7. Aktion gegen Kinderarmut in Belzig
14. Gespräch mit dem Deutschen Kinderhilfswerk in Berlin
20. Weihnachtsfeier bei Kleeblatt e. V. in Rathenow

Januar 2007

18. Chat beim Jugend-Portal des Deutschen Bundestages www.mitmischen.de
18. Gespräch mit dvg-Jugend (Jugend der deutschen Verwaltungsgewerkschaft) in Berlin
31. Parlamentarischer Abend des Bayerischen Jugendrings in der Bayerischen Vertretung in Berlin

Februar 2007

5. Besuch des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen und Gespräch mit Frau Ministerin Ch. Stewens mit der Kinderkommission
5. Besuch einer Kindernoteinrichtung in München
10. Podiumsdiskussion zu Kinderarmut beim Verein Niedersächsische Gespräche zwischen Ärztinnen, Juristinnen und Theologinnen e. V. in Hannover

März 2007

5. UNICEF-Symposium „Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation“
8. Informationsgespräch mit dem Deutschen Kinderhilfswerk in Berlin
12. Gespräche mit Schulklassen im Infomobil des Deutschen Bundestages in Rathenow
13. Gespräche mit Schulklassen im Infomobil des Deutschen Bundestages in Rathenow

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

- 14. Gespräche mit Schulklassen im Infomobil des Deutschen Bundestages in Brandenburg an der Havel
- 20. Gespräch mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz in Berlin
- 28. Informationsgespräch mit der Brandenburgischen Sportjugend in Berlin

April 2007

- 19. Besuch der Gesamtschule Görden in Brandenburg an der Havel
- 20. Teilnahme an der Eröffnung der Jugend- und Familienberatungsstelle OUTLAW in Rathenow
- 20. Teilnahme an der Erstausgabeveranstaltung der Jugendzeitschrift „Live your life“ in Rathenow
- 21. Festrede zur Jugendfeier des Humanistischen Verbandes in Belzig
- 21. Teilnahme am „Berliner Gespräch“ zum Abschluss der ARD-Themenwoche „Kinder sind Zukunft“ im ARD-Hauptstadtstudio
- 23. Teilnahme an der Diskussionsrunde zu Kinderarmut in Bremen
- 25. Teilnahme am Fachtag der Nationalen Armutskonferenz zu Kinderarmut im Gästehaus des CVJM in Berlin
- 26. Gespräch mit Vertreterinnen des Vereins „Jugend in Europa“ in Berlin
- 26. Diskussion mit Teilnehmerinnen des „Girls Day“ in Berlin
- 26. Teilnahme am Fachgespräch zum Jugendmedienschutz in Berlin
- 26. Teilnahme an Diskussion zur Kinderbetreuung in Berlin
- 27.-29. Teilnahme am Workshop zum Jugendarbeitsschutz in der DGB-Bildungsstätte

Mai 2007

- 3. Besuch der Jugendwerkstatt in der Bildungsstätte Hönow bei Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

7. Teilnahme am Fachtag der Fraktion DIE Linke zum Konzept der Kindergrundsicherung im Reichstag
10. Gespräch mit dem Familienpflagedienst im Reichstag
10. Teilnahme am Jahresempfang der Caritas im BCC in Berlin
11. Gespräch mit DGB-Jugend in Berlin
12. Leitung des Workshops Kinderarmut im Rahmen der Familienpolitischen Konferenz DE LINKE Sachsen in Dresden
19. Festrede zur Jugendfeier des Humanistischen Verbandes in Götz
24. Gespräch mit Vertretern der Diakonie zum Zivildienst in Berlin
24. Teilnahme am Länderabend Slowenien und Kroatien im Rahmen des IPS-Programms des Bundestages in der Humboldt-Universität Berlin
29. Gespräch mit den Leiterinnen der kommunalen Kindertagesstätten in Rathenow
29. Öffentliche Diskussion zum Thema Kinderschutz in Bernau

Juni 2007

1. Eröffnung des Kinderfestes beim Kleeblatt e. V. in Rathenow
4. Besuch der Musikschule und Haus der Jugend in Rathenow
6. Besuch des DRK-Kinderdorfes in Brandenburg an der Havel
7. Teilnahme am Evangelischen Kirchentag in Köln
8. Grußwort zum 40. Geburtstag des Verbandes Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) in Berlin, Jugendkulturzentrum Pumpe
9. Teilnahme an der Podiumsdiskussion beim VAMV in Berlin, Jugendkulturzentrum Pumpe
11. Kindertag des Deutschen Bundestages
21. Gespräch der Kinderkommission mit dem Bundespräsidenten in Berlin
22. Teilnahme am Kitafest Neue Schleuse in Rathenow

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

25. Fachgespräch zur Qualität und Finanzierung des Krippenausbaus in Berlin
26. Eröffnung der Jugendmesse „Jobs to go“ in Brandenburg an der Havel im Industriemuseum
26. Besuch der Jugend- und Freizeiteinrichtung POGO in Belzig
26. Gespräch mit dem Arbeitskreis Kinderarmut in Belzig
27. Gespräch mit dem Leitenden Kinderarzt zur Versorgung im ländlichen Raum im Kreiskrankenhaus Belzig
27. Besuch der Gesamtschule und Teilnahme am Unterricht Politische Bildung in Belzig
29. Teilnahme am 3. Rathenower Jugendtag
30. Podiumsdiskussion zu Familienpolitik in Elstal

Juli 2007

2. Gespräch mit VertreterInnen des Deutschen Bundesjugendringes in Berlin
4. Teilnahme am Länderabend Rumänien im Rahmen des IPS-Programms des Bundestages in der TU Berlin
5. Gespräch mit BMFSFJ zum Deutsch-Französischen Jugendwerk im Reichstag
5. Teilnahme an der Pressekonferenz des Deutschen Kinderhilfswerks am Bundespressestrand
5. Teilnahme am Jahresempfang des IPS-Programms des Deutschen Bundestages in Berlin
9. Besuch des Eltern-Kind-Zentrums in Potsdam
9. Besuch des Kindertreffs Am Stern e. V. in Potsdam
9. Besuch des Kinderclubs „Junior“ in Potsdam
11. Besuchergruppe „Kinder aus Tschernobyl“ im Reichstag
11. Gespräch mit Jugendlichen zur Problematik Einrichtung eines Jugendclubs in Elstal

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

11. Besuch eines Jugendclubs und Gespräch mit dem Träger in Brieselang
12. Besuch der Kita „Knirpsenland“ und Gespräch mit dem Träger in Angermünde
12. Besuch der Internationalen Jugendbegegnungsstätte „UckerWelle“ in Prenzlau
13. Gespräch mit dem Bürgermeister und VertreterInnen von Vereinen der Jugendarbeit im Rathaus in Elsterwerda
13. Teilnahme an der Eröffnung der Landesmusikschultage in Spremberg
14. Eröffnung des „Camp 4 U“ im Fitpoint in Premnitz

10.5. Abgeordnete Ekin Deligöz

November 2006

6. BPA-Veranstaltung: Themenworkshop mit Familienverbänden und KiKo-Mitgliedern
14. Öffentliche Veranstaltung zum Thema „Bildungsgerechtigkeit“ in Pfaffenhofen
15. Podiumsdiskussion zum Thema „Kindertagesstätten zwischen Quantität und Qualität“ in Bamberg
17. Aktionstag der Stiftung Lesen, Besuch der Montessori-Schule in Neu-Ulm
27. Besuch des Kinder- und Familienzentrums in Berlin
30. Treffen mit Prof. Liebel von der FU-Berlin zum Thema „Masterstudiengang Kinderrechte“ in Berlin

Dezember 2006

8. Besuch der Montessorie-Volksschule und des Kinderhauses in Wertingen
8. Gespräch mit dem Deutschen Kinderschutzbund zum Thema „Kinderrechte, Bildungs- und Jugendpolitik“ in Dillingen
11. Fachgespräch zum Thema „Psychische Kindergesundheit“ in Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

Januar 2007

- 16. Veranstaltung zum Thema „Kinderrechte in die Verfassung“ in Berlin
- 17. Treffen mit dem Bundesverband Pflege- und Adoptivfamilien in Berlin
- 25. Besuch der Fachoberschule in Krumbach

Februar 2007

- 28. Phoenix-Runde zum Thema „Eltern oder Staat - der Streit um die Krippen“ in Berlin

März 2007

- 12. Besuch des Klax-Kindergartens aus Berlin im Bundestag
- 15. Besuch des Illertal-Gymnasiums in Vöhringen

April 2007

- 18. Veranstaltung im Kindermuseum „Labyrinth“ im Rahmen der ARD-Woche „Kinder sind Zukunft“ in Berlin
- 19. Besuch des Kinder- und Jugendzentrums in Roßbrunn
- 19. Veranstaltung zum Thema „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ - Kinderfreundlichkeit als Standortfaktor in Waldbrüttelbrunn
- 20. Besuch der Don Bosco Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung in Würzburg
- 20. Fachtagung des Landesverbandes Bayern des Deutschen Kinderschutzbundes zum Thema „Kinderrechte sind Menschenrechte“ in Würzburg
- 24. Treffen mit CVJM, Referat Jugendpolitik in Berlin

Mai 2007

- 2. Fachgespräch „Gemeinsames Sorgerecht nicht verheirateter Eltern“ in Berlin
- 11. Besuch der Grundschule in Senden

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

15. Veranstaltung mit der Grundschule „Dossenberghaus“ zum Thema „Zweisprachig Vorlesen“ in Günzburg
16. Informationsbesuch beim Kolping Bildungswerk in Neu-Ulm

Juni 2007

14. Treffen mit der Arbeitsgruppe „Kinder“ des Forums Menschenrechte zum Thema KRK in Berlin
26. UNICEF-Mitgliederversammlung, Jahrestagung in Berlin

Juli 2007

9. Besuch der Mädchengruppe im Rollbergviertel in Berlin
13. Vorstellung des Projekts „Kindersimulator“ in Krumbach
13. Besuch der städt. Kindergruppe „Sonnenschein“ in Marktoberdorf
13. Veranstaltung zum Thema „Alleinerziehende und Kinderbetreuung“ in Marktoberdorf
17. Veranstaltung zum Thema „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ in Kürnach
20. Besuch der privaten Kinderbetreuungseinrichtung „Kleiner Ritter“ in Donauwörth

Marlene Rupprecht, MdB

Anhang I
Pressemitteilungen

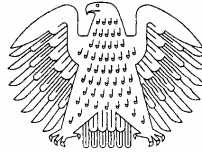
Verzeichnis der Anlagen

<u>Anlage</u>	<u>Datum</u>	<u>Dokument</u>	<u>Seite</u>
1	13.11.2006	Öffentliche Anhörung der Kinderkommission zum Thema „Kinderrechte in die Verfassung	
2	23.11.2006	Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Schutz von Kindern vor den Folgen des Passivrauchens	
3	27.11.2006	Stellungnahme der Kinderkommission zu Hilfen für die Kinder psychisch kranker Eltern	
4	30.11.2006	Kinderkommission des Bundestages zum Weltam 1. Dezember 2006: Im Kampf gegen Aids nicht nachlassen!	
5	30.11.2006	Rücknahme der Vorbehaltserklärungen gegen die UN-Kinderrechtskonvention Beschluss der Kinderkommission vom 8.11.2006	
6	19.12.2006	Kinderkommission plant, interfraktionellen Gesetzentwurf zur Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung zu initiieren	
7	06.02.2007	Kinderkommission des Bundestages erklärt zum der Kinderhospizarbeit am 10.02.2007: „Verbesserung der Förderung von Kinderhospizen	
8	20.02.2007	Andere Sprachen und Kulturen bieten ein großes Potential Zum Internationalen Tag der Muttersprache am 21. Februar 2007	
9	26.02.2007	„Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation“ UNICEF-Konferenz unter Schirmherrschaft der Kinderkommission des Deutschen Bundestages	

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

<u>Anlage</u>	<u>Datum</u>	<u>Dokument</u>	<u>Seite</u>
10	16.03.2007	Öffentliche Anhörung der Kinderkommission zum Thema „Kinderlärm“	
11	29.03.2007	Leselust statt Lesefrust - Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Internationalen Kinderbuchtag am 2. April 2007	
12	23.04.2007	Kinderkommission des Bundestages zum Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag am 26. April 2007 „Erkenne deine Möglichkeiten“	
13	24.05.2007	„Jedes vermisste Kind ist ein vermisstes Kind zu viel“ Zum internationalen Tag des vermissten Kindes am 25. Mai 2007 erklärt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages	
14	25.06.2007	Kinderkommission des Deutschen Bundestages beim Bundespräsidenten	
15	25.07.2007	Einladung zur Pressekonferenz: Kinderkommission informiert über den turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz	



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemittteilung

Berlin, 13. November 2006

Öffentliche Anhörung der Kinderkommission zum Thema „Kinderrechte in die Verfassung“

Zeit: Montag, den 20. November 2006, 13.00 Uhr
Ort: Berlin, Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200

Spezielle Kinderrechte sieht das Grundgesetz nicht vor. Würde eine Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung ihre Position in Familienangelegenheiten und auf anderen Rechtsgebieten konkret stärken? Stünden sich Kinderrechte und Elternrechte gleichwertig gegenüber? Ergäben sich Auswirkungen auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und auf die Kinderfreundlichkeit in Deutschland? In welcher Formulierung und an welcher Stelle sollten die Kinderrechte in der Verfassung verankert werden?

Diese und eine Reihe weiterer Fragen will die Kinderkommission des Deutschen Bundestages am 20. November, dem 17. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention, mit den Experten Heinz Hilgers (Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes e. V.), Prof. Dr. Peter M. Huber (Universität München), Dr. Peter Merk (Deutsches Kinderhilfswerk e. V.), Prof. Dr. Johannes Münder (TU Berlin), Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit (Justizsenatorin Hamburg und Berlin a. D.) und Prof. Dr. Dr. h. c. Gisela Zenz (Universität Frankfurt/Main) im Rahmen der Anhörung erörtern.

Die Öffentlichkeit ist herzlich eingeladen. Interessierte melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Tel.: 030/227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

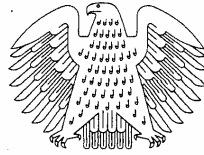
Für Medienvertreter gelten die üblichen Regelungen.

Bild- und Tonberichtersteller werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: 030/227-32929 oder 32924) anzumelden.
Bitte im Sitzungssaal nicht rauchen und Handys ausschalten!

Informationen zur Übertragung im Parlamentsfernsehen unter www.bundestag.de/tv

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 23. November 2006

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Schutz von Kindern vor den Folgen des Passivrauchens

In Deutschland wachsen mindestens 50 % aller Kinder in Haushalten auf, in denen geraucht wird. Insbesondere kleinere Kinder halten sich überwiegend in Innenräumen auf und haben keine Möglichkeit, dem Passivrauchen zu entgehen.

Tabakrauch ist der gefährlichste Schadstoff in Innenräumen. Die Konzentration der in die Raumluft abgegebenen Substanzen ist zum Teil höher, als der vom Raucher inhalierte Rauch. Kinder sind gegenüber Tabakrauch besonders empfindlich, da ihre Organe und das Immunsystem noch nicht voll entwickelt sind und sie eine höhere Atemfrequenz haben. Passivrauchen führt bei Kindern zu einem erhöhten Risiko für plötzlichen Kindstod, Asthma Bronchiale, Mittelohrentzündung, Atemwegsinfektionen, andere chronische Lungenerkrankungen, verminderte körperliche Leistungsfähigkeit, Störung des Allgemeinbefindens und eigenem Einstieg in das Rauchen mit allen seinen negativen Folgen.

Die Kinderkommission appelliert an alle Eltern und Personen, die mit Kindern zusammenleben, sich ihrer Verantwortung für die Gesundheit ihrer Kinder bewusst zu machen und sie vor Tabakrauch zu schützen. Maßnahmen sind:

- Vermeidung des Rauchens in geschlossenen Räumen im Beisein der Kinder.
- Verzicht auf das Rauchen im Auto oder Zugabteil, wenn Kinder mitfahren. Gerade hier erhöht sich die Konzentration der Schadstoffe um ein Vielfaches.
- Tabakkonsum soweit wie möglich im Freien.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Dort heißt es, dass die Vertragsstaaten das Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit anerkennen und bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, das Wohl des Kindes ein vorrangig zu berücksichtigender Ge-

2

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

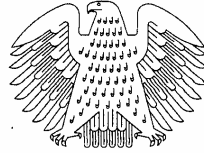
Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

- 2 -

sichtspunkt ist. Der Nationale Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010 formuliert diese Zielsetzungen aus.

Die Kinderkommission fordert deshalb:

- Die Schaffung von rauchfreien öffentlichen Einrichtungen, insbesondere an Orten, die häufig von Kindern besucht werden. Dazu gehören u. a. Kindergärten, Schulen, Sportstätten, Einkaufszentren, Gastronomie sowie öffentliche Transportmittel.
- Warnhinweise auf allen Tabakprodukten auf die Gefahren des Passivrauchens für Kinder.
- Aufnahme der Gefahren des Passivrauchens für Kinder in Maßnahmen der Aus-, Fort- und Weiterbildung von pädagogischen und Gesundheitsberufen.
- Verstärkte breitenwirksame Aufklärung und Information zum Schutz von Kindern vor Passivrauchen.



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 27. November 2006

Stellungnahme der Kinderkommission zu Hilfen für die Kinder psychisch kranker Eltern

In Deutschland leben 500.000 Kinder in Familien, in denen ein Elternteil an einer psychischen Erkrankung, einer manischen Depression, Schizophrenie oder Borderline-Persönlichkeitsstörung leidet. Diese Krankheitsbilder unterliegen in der Gesellschaft nach wie vor einem absoluten Tabu, so dass die Erkrankung oftmals „Familiengeheimnis“ mit bedrohlicher Bedeutung für alle Familienmitglieder ist.

Die Kinder können die durch die Krankheit bedingten Verhaltensweisen ihrer Eltern nicht verstehen, sie reagieren mit Ängsten und entwickeln Schuld- und Schamgefühle. Sie sprechen mit niemandem über ihre familiäre Situation, weil sie dies als Verrat am kranken Elternteil empfinden. Die betroffenen Kinder erleben eine enorme psychische und physische Belastung und sind überfordert. Dennoch zeigen sie sich nach außen meist unauffällig und entwickeln aufgrund der vorzeitigen Verantwortungsübernahme häufig sogar ein reifes und selbstständiges Erscheinungsbild. Ihre Belastung und innere Not wird oftmals erst dann offenbar, wenn sie selbst Verhaltensauffälligkeiten zeigen. Sie haben nachweislich ein deutlich erhöhtes Risiko, psychisch zu erkranken.

Weder in der Kinder- und Jugendhilfe noch in der Erwachsenenpsychiatrie werden die betroffenen Kinder als Angehörigengruppe ausreichend wahrgenommen. Diese Kinder brauchen aber dringend Hilfe, und zwar vorbeugende. Sie dürfen nicht alleine gelassen werden!

Präventionsprojekte für Kinder psychisch kranker Eltern wie zum Beispiel das überwiegend aus privaten Mitteln finanzierte Präventionsprojekt „KIPKEL“ www.kipkel.de sind daher sehr zu begrüßen. Es ist ein Beratungs- und Betreuungskonzept, das in den vergangenen 8 Jahren rund 700 Kindern im Kreis Mettmann in Nordrhein-Westfalen geholfen hat. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages möchte auf dieses hervorragende Projekt aufmerksam machen und zur Unterstützung und Nachahmung anregen.

Auch die öffentliche Hand sollte verstärkt Hilfestellung für diese Familien leisten und insbesondere im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe hierfür mehr Prob-

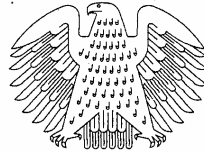
Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

- 2 -

lembewusstsein entwickeln. Daneben wäre es wünschenswert, in den Ausbildungen zu medizinischen und pädagogischen Berufen verstärkt auf die Problematik vorzubereiten sowie Lösungsansätze zu vermitteln.

Ziel muss ein bundesweit flächendeckendes Netzwerk aller beteiligten Professionen zum Wohle dieser Kinder sein. Besonders wichtig sind dabei Anlaufstellen, an die sich betroffene Kinder direkt wenden können.



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 30. November 2006

Kinderkommission des Bundestages zum Weltaidstag am 1. Dezember 2006 : Im Kampf gegen Aids nicht nachlassen!

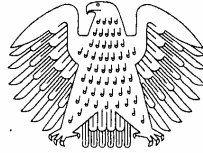
Weltweit sind Kinder von der Immunschwäche betroffen. Nach Angaben von UNICEF starben bereits rund 4 Millionen Kinder unter 15 Jahren an den Folgen von Aids. Seit Ausbruch der Epidemie vor 25 Jahren haben sich mehr als 12 Millionen junge Menschen unter 24 Jahren mit dem HI-Virus angesteckt. Rund 15 Millionen Kinder haben ihre Eltern durch die Krankheit verloren. Sie leben als Aids-Waisen, die meisten in Afrika, ohne jede Chance auf Bildung und ein angemessenes Leben.

Armut, unzureichende Information und Aufklärung sowie sexuelle Ausbeutung begünstigen die weitere Ausbreitung der Erkrankung auch bei Kindern. Erwachsene auf der ganzen Welt tragen die Verantwortung dafür, dass die Rechte der Kinder aus der UN-Kinderrechtskonvention auf Gesundheitsvorsorge, auf angemessene Lebensbedingungen und auf Schutz vor sexuellem Missbrauch gewahrt werden.

Im Vergleich liegt die Aids-Infektionsrate bei Kindern und jungen Erwachsenen in Deutschland aufgrund jahrzehntelanger gezielter Aufklärung auf einem sehr niedrigen Niveau. „Um diese Situation weiter zu verbessern, darf nicht nachgelassen werden, vor allem Kinder und Jugendliche nachhaltig für das Thema zu sensibilisieren“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, Marlene Rupprecht. „Ebenso wenig dürfen die erkrankten Kinder an den Rand der Gesellschaft gedrängt und stigmatisiert werden“.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 30. November 2006

**Rücknahme der Vorbehaltserklärungen gegen die
UN-Kinderrechtskonvention**
Beschluss der Kinderkommission vom 8. November 2006

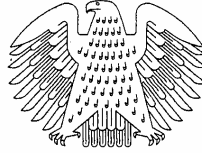
Die Bundesrepublik Deutschland hat im Jahr 1992 die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat die Bundesregierung fünf Vorbehalte geltend gemacht. Zwischenzeitlich vorgenommene Änderungen im nationalen Recht haben bewirkt, dass nur noch der unter Punkt IV erklärte ausländerrechtliche Vorbehalt Bestand hat.

Die Rücknahme dieses Vorbehalts war bereits in der Vergangenheit wiederholt Gegenstand der parlamentarischen Beratungen. Auch die Kinderkommission hatte sich in der 14. und 15. Wahlperiode intensiv mit der Problematik befasst und die Bundesregierung mit Beschluss vom 14. Januar 2004 zur Rücknahme aufgefordert. In dieser Wahlperiode hat sie die Frage erneut aufgegriffen und beraten. Ihre Position besteht unverändert.

Die Kinderkommission appelliert nochmals an die Bundesländer, einer Rücknahme der Vorbehalte zuzustimmen. Andernfalls fordert sie die Bundesregierung auf, die Rücknahme ohne dieses Einvernehmen umgehend zu veranlassen.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 19. Dezember 2006

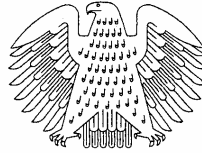
Kinderkommission plant, interfraktionellen Gesetzentwurf zur Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung zu initiieren

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat am 20. November 2006 eine öffentliche Expertenanhörung zur Frage der Aufnahme von eigenen Kinderrechten in das Grundgesetz durchgeführt. Durch diese Anhörung sieht sie sich in der Auffassung bestärkt, dass eine solche Verfassungsänderung erforderlich und die Zeit hierfür reif ist. Die Mitglieder der Kommission werden zu Beginn des kommenden Jahres einen entsprechenden interfraktionellen Gesetzentwurf initiieren.

Die Kinderkommission hofft auf breite Zustimmung und Unterstützung der geplanten Initiative.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 6. Februar 2007

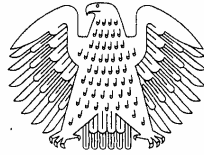
**Kinderkommission des Bundestages erklärt zum Tag der
Kinderhospizarbeit am 10. Februar 2007:
„Verbesserung der Förderung von Kinderhospizen“**

Kinderhospize mussten bisher durch Spenden und ehrenamtliches Engagement einen Kostenanteil von 10 Prozent der vertraglich vereinbarten Tagesbedarfsätze selber tragen. Die Kinderkommission hat sich im Deutschen Bundestag für eine Änderung eingesetzt. Nunmehr soll dieser Eigenanteil, der nicht über die Krankenkassen, die Pflegeversicherung oder die Sozialhilfe getragen wird, auf 5 Prozent verringert werden. Kinderhospize werden damit in ihrer immens wichtigen Arbeit gestärkt und in ihrem Fortbestand gesichert. Sie begleiten schwerstkranke Kinder und vor allem auch deren Eltern und Geschwister oftmals über Jahre. Derzeit gibt es in Deutschland sieben stationäre Kinderhospize, zwei weitere befinden sich in Planung.

Tod und Sterben galt in der Kinderpolitik lange Zeit als Tabu. „Die Neuregelung ist ein wichtiger Schritt, dieses Tabu zu brechen“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission, die Abgeordnete Marlene Rupprecht. „Gerade todkranke Kinder und ihre Familien verdienen volle Unterstützung. Diese sollte nicht auf die finanzielle Ebene beschränkt bleiben. Eine breite gesellschaftliche Diskussion ist erforderlich, die die Hospizarbeit bekannter macht und auf eine Solidarisierung mit den Betroffenen zielt.“

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 20. Februar 2006

Andere Sprachen und Kulturen bieten ein großes Potential

*Zum Internationalen Tag der Muttersprache am 21. Februar 2007 erklärt die
Kinderkommission des Deutschen Bundestages:*

Das Erlernen der deutschen Sprache ist für alle in Deutschland lebenden Kinder unabdingbar. Sprache und Kultur eröffnen Zukunftschancen, sie sind eine Bereicherung und Perspektive für ausländische und deutsche Kinder.

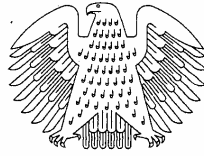
„Die Muttersprache ist die erste Sprache der Kinder, in der sie zu denken beginnen, Wünsche und Meinungen äußern. Die Sprache ist Teil der kindlichen Identität und sie ist die Basis für die Entwicklung des Kindes“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission, die Abgeordnete Marlene Rupprecht.

Indem Begabungen erkannt und gefördert werden, wie z. B. die Kenntnis einer weiteren Sprache, können gleichzeitig Barrieren überwunden und Benachteiligungen vermieden werden. Die individuelle Förderung ist eine entscheidende Voraussetzung, den Zugang zu Bildung und Lebenschancen für diese Kinder zu erweitern.

Kinder, deren Muttersprache eine andere ist, als die Landessprache, brauchen die Möglichkeit, die Welt, in der sie leben, erschließen und erleben zu können. Das dafür notwendige Selbstbewusstsein müssen ihnen Eltern und Bezugspersonen von Anfang an vermitteln.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Pressezentrum · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 26. Februar 2007

**„Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation“
UNICEF-Konferenz unter Schirmherrschaft der Kinderkommission des
Deutschen Bundestages**

Zeit: 5. März 2007, 9.30 bis 16.30 Uhr

Ort: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Anhörungssaal

Sinti und Roma sind mit geschätzten 7 bis 9 Millionen Angehörigen die größte europäische Minderheit, allein in Deutschland leben zwischen 100.000 und 200.000 Menschen dieser Bevölkerungsgruppe. Wie gestaltet sich die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen der Sinti und Roma in Südosteuropa und in Deutschland? Aufschluss hierüber versprechen zwei Studien von UNICEF und des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin, die auf der eintägigen Konferenz von Gordon Alexander, UNICEF, und Prof. Dr. Wolfgang Benz, TU Berlin, vorgestellt und im Anschluss diskutiert werden. Junge Roma aus Deutschland und Bulgarien ergänzen die Ergebnisse durch Berichte aus eigenem Erleben.

„Vorurteilen und Ablehnung muss begegnet werden, Kinderinteressen sind ohne Grenzen“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, Marlene Rupprecht. Sie wird die Konferenz gemeinsam mit der Vorsitzenden von UNICEF, Heide Simonis, sowie dem Vorstand von UNICEF, Reinhard Schlagintweit, eröffnen. Aus Sicht der Bundesregierung wird die Thematik von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble beleuchtet. Weitere Vortragende Gäste sind Viktória Mohácsi, MdEP, und Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma.

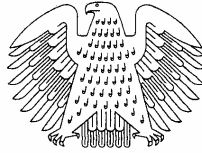
Zu der Veranstaltung werden rund 260 TeilnehmerInnen aus Politik, Medien, Fachorganisationen und interessierter Öffentlichkeit erwartet.

Für Rückfragen steht Ihnen das Sekretariat der Kinderkommission (030-227-30551) gerne zur Verfügung.

Bild- und Tonberichtersteller werden gebeten, sich beim Pressereferat (030-227-32929 oder 32924) anzumelden.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 16. März 2007

Öffentliche Anhörung der Kinderkommission zum Thema „Kinderlärm“

Zeit: **Mittwoch, den 21. März 2007, 16.00 Uhr**
Ort: **Berlin, Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200**

Die Kinderkommission hat in dieser Wahlperiode eine Reihe von Anfragen zum Thema „Kinderlärm“ erhalten und sich in diesem Zusammenhang mit der hierzu ergangenen Rechtsprechung befasst. Bau- und Verkehrslärm scheint eher akzeptiert zu sein als lautes Spielen. Dies verstößt gegen Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention, wonach Kinder unter anderem ein Recht auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung haben.

Vor diesem Hintergrund will sich die Kinderkommission mit dem Thema „Kinderlärm“ in einer öffentlichen Anhörung befassen. Hierzu hat die Kommission Dr. Regine von der Haar (Stadt Langenhagen), Peter Apel (Deutsches Kinderhilfswerk), Dr. Franzjosef Feldmann (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) sowie einen Vertreter/-in aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eingeladen.

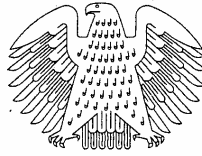
Die Öffentlichkeit ist herzlich willkommen. Interessierte melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Tel.: 030/227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Bild- und Tonberichtersteller werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: 030/227-32929 oder 32924) anzumelden.
Bitte im Sitzungssaal nicht rauchen und Handys ausschalten!

Informationen zur Übertragung im Parlamentsfernsehen unter www.bundestag.de/tv

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 29. März 2007

Leselust statt Lesefrust

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Internationalen Kinderbuchtag am 2. April 2007:

„Der Kinderbuchtag sollte ein willkommener Anlass für Kinder und Erwachsene sein, einmal den Fernseher ausgeschaltet zu lassen und ein Buch aufzuschlagen“, sagt Marlene Rupprecht, Vorsitzende der Kinderkommission im Deutschen Bundestag.

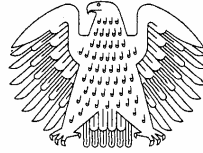
Eigentlich sollte selbstverständlich sein: Lesen ist eine Lust. Aber Kinder werden nicht als Leseratten geboren und manche von ihnen verbinden Lesen eher mit Frust als mit Lust. Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Pädagoginnen und Pädagogen haben oftmals die Erfahrung gemacht, dass es schwierig ist, gerade diejenigen Kinder für das Lesen zu begeistern, die es nicht gewohnt sind, ein Buch nur zum Spaß aufzuschlagen. Umso wichtiger ist es, Kinder zum Lesen zu motivieren und in ihnen die Freude am Lesen zu wecken.

Spaß an Büchern und den Informationswert der Bücher schätzen lernen sind Kompetenzen, die Kinder in der heutigen Wissensgesellschaft brauchen. Nur wer Lesen kann, kann auch andere Medien nutzen. Lesen beflügelt nicht nur die Fantasie. Es fördert die individuelle sprachliche Entwicklung, es ist Voraussetzung für Lernen und Verstehen und eine Grundlage für unsere Fähigkeit zur Kommunikation. Gemeinsames Lesen und Vorlesen mit Eltern und Geschwistern regt zu Fragen an und hilft, Antworten zu finden.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat sich bereits des Öfteren mit den Auswirkungen von zu häufigem Fernseh- oder PC-Konsum - schon bei den Kleinsten - befasst und über deren negative Auswirkungen diskutiert. „Wissensdurst und Fantasie der Kinder verlangen nach positiven Anreizen. Pädagogisch wertvolle Kinderbücher sind dafür eine Basis. Sie schaffen Anlässe, bei denen sich Kinder und Erwachsene gleichermaßen über ihre Erlebnisse, Träume und Ängste austauschen können“, so Marlene Rupprecht.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 23. April 2007

Kinderkommission des Bundestages zum Girls'Day – Mädchen- Zukunftstag am 26. April 2007 „Erkenne deine Möglichkeiten“

Fachkräfte werden vor allem in den naturwissenschaftlichen und technischen Branchen bald Mangelware sein. Umso wichtiger ist es, Jugendliche heute schon qualifiziert auszubilden. Mädchen haben zwar meist gute Noten und schaffen gute Schulabschlüsse, trotzdem entscheiden sich viele junge Frauen immer noch zu selten für Berufe, die als „typisch männlich“ gelten.

Es ist deshalb mehr zukunftsweisend, wenn Mädchen beim Girls'Day in Arbeitsbereiche hineinschnuppern können, die die meisten nicht im Visier haben, wenn sie ihre Zukunft planen. „Es ist wichtig, dass die Mädchen das ganze Spektrum an beruflichen Möglichkeiten kennen lernen, denn die Begabung haben sie und sie sind solchen beruflichen Herausforderungen durchaus gewachsen“, stellt Marlene Rupprecht, Vorsitzende der Kinderkommission, fest.

Die hohe Zahl teilnehmender Schülerinnen, Betriebe und Institutionen an den letzten sechs Aktionstagen zeigt, dass der Girls'Day eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten ist. Betriebe und Institutionen sehen in ihrer Teilnahme die Möglichkeit, dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen und Talente für die Zukunft zu erschließen. Zudem ist dieses Engagement auch ein Signal an die Mädchen und jungen Frauen, dass sie in den Unternehmen gefragt sind.

Grundlage für die Berufsorientierung ist die Wahrnehmung der eigenen Fähigkeiten. Obwohl „frauentypische“ Arbeitsfelder den Mädchen bei ihrem zukünftigen Berufswunsch immer noch am nächsten stehen, sind technische Bereiche oder Wissenschaft und Forschung schon jetzt für ein Drittel der Mädchen durchaus eine Option bei der Berufswahl.

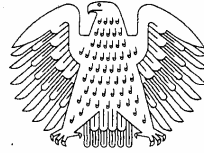
2

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

- 2 -

„Eine einmalige Teilnahme am Girls' Day reicht natürlich nicht aus, um das Berufswahlverhalten nachhaltig zu verändern“, sagt die Vorsitzende der Kinderkommission, Marlene Rupprecht. „Es kommt auch darauf an, die bisherige geschlechtsspezifische Berufsorientierung und die gesellschaftlichen Rollenvorstellungen zu reflektieren sowie durch inner- und außerschulische Möglichkeiten, z. B. durch technische Betriebspraktika oder Workshops, die Sammlung praktischer Erfahrungen zu ermöglichen.“



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 24. Mai 2007

„Jedes vermisste Kind ist ein vermisstes Kind zu viel“

Zum internationalen Tag des vermissten Kindes am 25. Mai 2007 erklärt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages:

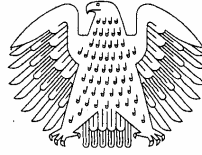
In Deutschland sind es sechs bis acht Kinder, die jeden Monat einfach so verschwinden. Laut Bundeskriminalamt werden derzeit 1.653 Kinder und Jugendliche vermisst. Diese Daten ändern sich jedoch täglich um 200 bis 300 Fälle. Dabei hält sich die Zahl der Neuvermissten und der Wiedergefundenen in etwa die Waage. Es handelt sich dabei um Minderjährige, die einem Unglück oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen sind, einfach von zu Hause ausgerissen sind oder von einem Elternteil verschleppt wurden. Die Ungewissheit über das Schicksal ihres Kindes und Bilder über das, was alles passiert sein könnte und die damit einhergehenden Befürchtungen, sind für die Eltern, Freunde und Verwandten äußerst belastend.

„Es ist ein großes Drama, wenn ein Kind vermisst wird, denn jedes vermisste Kind ist ein vermisstes Kind zu viel“, sagt Marlene Rupprecht, die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. „Es ist gut, dass es neben der Polizei in Deutschland ehrenamtliche Helferinnen und Helfer gibt, die Eltern sowie Erziehungs- und Sorgeberechtigten mit Rat und Hilfe menschlich zur Seite stehen, wenn ihr Kind plötzlich verschwunden ist. Nicht nur an die vermissten Kinder zu denken und hierfür zu sensibilisieren, sondern auch den vielen Helferinnen und Helfern zu danken, sollte der ‚Tag der vermissten Kinder‘ Anlass sein.“

Im Februar diesen Jahres nahm die EU-Kommission eine Initiative der Medienkommissarin Viviane Reding an, dass bis Ende August 2007 die Telefonnummer 116000 in allen EU-Staaten als Hotline für vermisste Kinder reserviert wird.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 25. Juni 2007

Kinderkommission des Deutschen Bundestages beim Bundespräsidenten

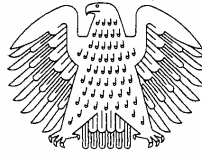
Am 21. Juni trafen die Mitglieder der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zu einem Gespräch mit Bundespräsident Horst Köhler zusammen. Ziel war der Gedankenaustausch über die Situation der Kinder in Deutschland und die Möglichkeit der Schaffung kindgerechter Lebensbedingungen.

Beide Seiten wünschten sich, Deutschland zu einem noch kinderfreundlicheren Land zu machen und Kinderinteressen und das Kindeswohl in den Mittelpunkt aller kinderpolitischen Maßnahmen zu stellen.

Der Bundespräsident und die Kinderkommission kamen überein, den Dialog möglichst bald fortzusetzen.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 25.07.2007

Einladung zur Pressekonferenz: Kinderkommission informiert über den turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz

Zeit: Dienstag, den 31. Juli 2007, 11.00 Uhr

Ort: Berlin, Jakob-Kaiser-Haus, Raum 1.511

Am 31. Juli 2007 wechselt turnusmäßig der Vorsitz in der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) des Deutschen Bundestages. Die Kommission wurde in den vergangenen neun Monaten von Marlene Rupprecht (SPD) geleitet. Sie gibt den Stab weiter an Miriam Gruß (FDP). Die alte und die neue Vorsitzende wollen aus diesem Anlass in einer Pressekonferenz über die Arbeit der Kinderkommission unter dem Vorsitz von Marlene Rupprecht sowie über die geplanten Schwerpunkte für die Amtszeit von Miriam Gruß informieren.

Beratungsschwerpunkte in der Vorsitzzeit von Marlene Rupprecht waren die Themen „Kinder und Gesundheit“, „Behinderte Kinder“ und „Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention“. Aufgegriffen wurden außerdem zahlreiche Themen, die sich aus der aktuellen politischen Diskussion ergaben, wie beispielsweise das Thema „Kinderlärm“. Ein hochaktuelles Thema war und ist die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Themenschwerpunkte von Miriam Gruß werden „Kinder und Kultur“, „Kinder und Alltag“ sowie „Kinder und Mobilität“ sein.

Für Medienvertreter gelten die üblichen Regelungen.

Bild- und Tonberichtersteller werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: 030/227-32929 oder 32924) anzumelden.

Bitte im Sitzungssaal nicht rauchen und Handys ausschalten!

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

Anhang II
Kommissionsdrucksachen

Verzeichnis der Anlagen

<u>Anlage</u>	<u>Dokument</u>	<u>Datum</u>	<u>Seite</u>
1	Fragen zur öffentlichen Anhörung zum Thema „Kinderrechte in die Verfassung“ Kommissionsdrucksache 16/11	09.11.2006	
2	Rücknahme der Vorbehaltserklärungen gegen die UN-Kinderrechtskonvention - Beschluss der Kinderkommission vom 8. November 2006 Kommissionsdrucksache 16/12	08.11.2006	
3	Fragen für die öffentliche Anhörung zum Thema „Kinderlärm“ Kommissionsdrucksache 16/13	12.03.2007	

DEUTSCHER BUNDESTAG
Kommission
zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
- Sekretariat -

11011 Berlin, 9.11.2006
Platz der Republik 1

Dienstgebäude:
Dorotheenstraße 88

Telefon: (030) 227-30551
Fax: (030) 227-36055
E-Mail: kinderkommission@bundestag.de

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/11

Fragen zur öffentlichen Anhörung
zum Thema „Kinderrechte in die Verfassung“
Montag, 20. November 2006, 13.00 bis 16.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus (PLH), Raum 2.200

1. Im Grundgesetz finden Kinder im Artikel 6 GG Erwähnung. Sind Kinder danach originäre Rechtssubjekte, wie würden Sie dies beurteilen?
Trägt das Grundgesetz in seiner jetzigen Fassung dem Stand der Rechtsprechung hinreichend Rechnung, nach der das Kind als „ein Wesen mit eigener Menschenwürde und eigenem Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit“ anzusehen und eine „verfassungsrechtliche Sicherung des Kindeswohls“ zu gewährleisten ist?
Wie ist das Verhältnis von Kinderrechten zu den verfassungsrechtlich garantierten Elternrechten zu beurteilen? Hätte die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz Folgen im Hinblick auf einen Gleichrang/Vorrang vs. Elterninteressen?
Würde sich durch eine Klarstellung/Stärkung der Rechte von Kindern die Rolle des staatlichen Wächteramtes verändern?
Gibt es Gründe, die gegen die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz sprechen?
2. Was würde die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz für Kinder und Jugendliche konkret bewirken?
Hätten Kinder eine stärkere Stellung in behördlichen und gerichtlichen Familienangelegenheiten, z. B. in Sorgerechtsangelegenheiten, bei Vormund- und Pflegschaften, im Adoptions- und Abstammungsrecht?

- 2 -

Würde sich daraus für sie oder einen Vertreter (z. B. auch Jugendamt) in Fällen von Misshandlungen durch die Eltern und daraus resultierenden Schäden und Folgeschäden das Recht ergeben, Schadensersatz gegen die Eltern geltend zu machen?

Hätten Kinder bei staatlichen Entscheidungen, die nicht im Zusammenhang mit Artikel 6 GG stehen, eine stärkere Position, z. B. im Ausländerrecht, Baurecht und anderen Rechtsgebieten?

Welche Konsequenzen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wären aus der Verfassung abzuleiten? Würde die angestrebte Verfassungsänderung bedeuten, dass die Partizipation von Kindern und Jugendlichen neu bewertet werden müsste, wenn ja, wie?

3. Kann die Aufnahme von Kinderrechten die Kinderfreundlichkeit in Deutschland positiv beeinflussen? Inwieweit kann sich die Verfassungsänderung positiv auf die Praxis der Kommunen (z. B. in der Stadtplanung oder der Jugendhilfe) auswirken?

Wären aus Ihrer Sicht verfassungsrechtlich gebotene Veränderungen im Schulrecht zu erwarten oder zu fordern?

4. Ergibt sich aus der Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung Reformbedarf auf anderen Rechtsgebieten?

5. Ergeben sich aus der UN-Kinderrechtskonvention oder der vorgesehenen EU-Grundrechtecharta Vorgaben oder Anregungen, die das deutsche Verfassungsrecht aufgreifen sollte?

Welche Bedeutung messen Sie dem Vorrangigkeitsprinzip von Kinderinteressen bei, wie wir es in Art. 3 der UN-Kinderrechtskonvention und in Art. 24 der EU-Grundrechtecharta finden? Sollte das Prinzip der vorrangigen Berücksichtigung von Kinderinteressen in das Grundgesetz aufgenommen werden?

6. Ist die Rechtstellung von Kindern nach einzelnen Landesverfassungen besser als die nach der derzeitigen Fassung des Grundgesetzes?

Welche Erkenntnisse gibt es aus anderen vergleichbaren Ländern auf europäischer Ebene?

7. An welcher Stelle und in welcher Formulierung halten Sie die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz für sinnvoll?

Was halten Sie für erfolgversprechender, spezielle Kinderrechte in das Grundgesetz zu integrieren oder ggf. sie als Staatsziel festzuschreiben?

Sollte der Verfassungsgeber die Aufnahme von Individualrechten des Kindes durch eine Staatszielbestimmung, „für kindgerechte Lebensbedingungen Sorge zu tragen“, ergänzen?

- 3 -

8. Welchen weiteren Handlungsbedarf sehen Sie für die Bundespolitik nach der Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung?
9. Inwiefern ergeben sich finanzielle Auswirkungen durch die Aufnahme von Kinderrechten und deren Umsetzung auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene?
10. Hätte eine Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung Auswirkungen auf die Rücknahme der einschränkenden Interpretationserklärungen der Bundesrepublik Deutschland gegen die UN-Kinderrechtskonvention?



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende
Marlene Rupprecht, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Dienstgebäude: Dorotheenstr. 88
☎ (030) 227-30551
☎ (030) 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/12

Berlin, 8. November 2006

Rücknahme der Vorbehaltserklärungen gegen die UN-Kinderrechtskonvention
Beschluss der Kinderkommission vom 8. November 2006

Die Bundesrepublik Deutschland hat im Jahr 1992 die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat die Bundesregierung fünf Vorbehalte geltend gemacht. Zwischenzeitlich vorgenommene Änderungen im nationalen Recht haben bewirkt, dass nur noch der unter Punkt IV erklärte ausländerrechtliche Vorbehalt Bestand hat.

Die Rücknahme dieses Vorbehalts war bereits in der Vergangenheit wiederholt Gegenstand der parlamentarischen Beratungen. Auch die Kinderkommission hatte sich in der 14. und 15. Wahlperiode intensiv mit der Problematik befasst und die Bundesregierung mit Beschluss vom 14. Januar 2004 zur Rücknahme aufgefordert. In dieser Wahlperiode hat sie die Frage erneut aufgegriffen und beraten. Ihre Position besteht unverändert.

Die Kinderkommission appelliert nochmals an die Bundesländer, einer Rücknahme der Vorbehalte zuzustimmen. Andernfalls fordert sie die Bundesregierung auf, die Rücknahme ohne dieses Einvernehmen umgehend zu veranlassen.

Marlene Rupprecht, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

DEUTSCHER BUNDESTAG
Kommission
zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
- Sekretariat -

11011 Berlin, 12.3.2007
Platz der Republik 1

Dienstgebäude:
Dorotheenstraße 88

Telefon: (030) 227-30551
Fax: (030) 227-36055
E-Mail: kinderkommission@bundestag.de

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/13

Fragen für die öffentliche Anhörung zum Thema „Kinderlärm“

Mittwoch, 21. März 2007, 16.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus (PLH), Raum 2.200

- Wieviele Verfahren gab es, in denen es um die Verhinderung von Kinderlärm ging?
- Wird in der Stadtplanung präventiv ein Ausgleich zwischen der Entfaltungsfreiheit der Kinder und dem Ruhebedürfnis der anderen Anwohner gesucht?
- Welche Strategien bieten sich an, um zu einem Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu kommen?
- Welche planerischen Instrumente gibt es, um von vornherein Konflikte zu vermeiden?
- Wie sehen räumliche Bedürfnisse von Kindern aus und wie können diese in Einklang gebracht werden mit einem städtischen Gesamtkonzept?
- Wie werden Kinder beteiligt bei sie betreffenden Planungen, z. B. von Spielplätzen?
- In welchen Bereichen kann Kinderlärm grundsätzlich eine Rolle spielen und wie stellt sich die gegenwärtige Lage im Bereich des Immissionsschutzrechts und des Nachbarrechts in den einzelnen Bundesländern dar?
- Welches sind die rechtlichen Grundlagen für die jeweilige Beurteilung?
- Nach welchen Kriterien bestimmt sich, ob es sich um Geräuschbelastungen handelt, die verhaltensbezogenen Lärm darstellen, mit der Konsequenz, dass das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) keine Anwendung findet oder um solche Geräuschbelastungen, die Lärminderungsmaßnahmen erfordern?

- 2 -

- In den Geschäftsbereichen welcher Ministerien und Behörden ist die Frage angesiedelt und inwieweit wurden Maßnahmen ergriffen, um auf eine kinderfreundliche Gesellschaft im Bereich des Lärms auf der Ebene der Länder und Kommunen hinzuwirken?
- In welchen Bundesländern kam es zu Diskussionen über die Beurteilung von Kinderlärm und wie wurde diese Frage jeweils gelöst?
- In welchen Bundesländern wird bei Kinderlärm eine Summenbetrachtung mit anderen Geräuschmissionen vorgenommen und welche Bundesländer haben Regelungen dahingehend getroffen, dass Kinderlärm unter bestimmten Voraussetzungen als sozial verträglich gilt und daher insbesondere von Nachbarn hingenommen werden muss?
- Warum wurde eine entsprechende Regelung nicht in allen Bundesländern eingeführt?
- Je dichter besiedelt die Gegend, desto wichtiger ist es, möglichst wenig Lärm zu machen. Ist dies so oder haben Kinder immer „Narrenfreiheit“?
- Wieweit sind bislang Ideen diskutiert worden, die eine Auslagerung der Kitas an den Stadtrand und in Gewerbegebiete vorsehen?
- Was kann man tun, damit Kinderlärm nicht als Lärm empfunden wird?

Anhang III

Sonstige Dokumente der Kinderkommission

Verzeichnis der Anlagen

<u>Anlage</u>	<u>Datum</u>	<u>Dokument</u>	<u>Seite</u>
1	20.11.06	Bilder von der öffentlichen Anhörung zum Thema „Kinderrechte in die Verfassung“	81
2	05.03.07	Bilder vom UNICEF-Symposium zum Thema „Roma-Kinder in Europa - Zwischen Isolation und Integration“	82
3	21.06.07	Bilder vom Besuch der Kinderkommission beim Bundespräsidenten	84
4	31.07.07	Bilder von der Pressekonferenz zum turnusmäßigen Wechsel in der Vorsitzzeit	85

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

Öffentliche Anhörung zum Thema "Kinderrechte in die Verfassung" am 20.11.2006



Vorsitzende der Kinderkommission, Marlene Rupprecht (SPD) (li) und die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen



v.l.: Vorsitzende der Kinderkommission, Marlene Rupprecht (SPD), Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Prof. Dr. Dr. h. c. Reinhard Wiesner, Michaela Noll (CDU/CSU) Miriam Gruß (FDP) Diana Golze (DIE LINKE.) und Ekin Deligöz (B90/GRÜNE).

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

UNICEF-Konferenz zum Thema "Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation" am 5.3.2007



UNICEF-Konferenz unter der Schirmherrschaft der Kinderkommission des Deutschen Bundestages.
v.l.: Marlene Rupprecht, SPD, Vorsitzende der Kinderkommission und der Konferenz, Dr. Wolfgang Schäuble, CDU/CSU, Bundesminister des Innern, Heide Simonis, UNICEF Deutschland.



"Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation", UNICEF-Konferenz unter der Schirmherrschaft der Kinderkommission des Deutschen Bundestages.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)



"Roma-Kinder in Europa - Zwischen Integration und Isolation", UNICEF-Konferenz unter der Schirmherrschaft der Kinderkommission des Deutschen Bundestages.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

Besuch der Kinderkommission zu einem Gespräch beim Bundespräsidenten am 21. Juni 2007



Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ist zu einem Gespräch beim Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler, (re.), eingeladen. Diana Golze (DIE LINKE, li.), Kai Gehring (B90/GRÜNE, 2.v.li.), Miriam Gruß (FDP, 3.v.li.), Marlene Rupprecht (SPD, 3.v.re.) und Michaela Noll (CDU/CSU, 2.v.re.).



Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ist zu einem Gespräch beim Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler, (3.v.li.), eingeladen. Diana Golze (DIE LINKE, li.), Kai Gehring (B90/GRÜNE, 2.v.li.), Miriam Gruß (FDP, 3.v.re.), Marlene Rupprecht (SPD, 2.v.re.) und Michaela Noll (CDU/CSU, re.).

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

Pressekonferenz anlässlich des turnusmäßigen Wechsels in der Vorsitzzeit am 31.7.2007



Turnusmäßiger Wechsel des Vorsitizes in der Kinderkommission, (KiKo), des Deutschen Bundestages. Die Kommission wurde in den vergangenen neun Monaten von Marlene Rupprecht (SPD, li.), geleitet. Sie gibt den Stab weiter an Miriam Gruß (FDP, re.). Die alte und die neue Vorsitzende informieren aus diesem Anlass in einer Pressekonferenz über die Arbeit der Kinderkommission.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Marlene Rupprecht (SPD)



Turnusmäßiger Wechsel des Vorsitzes in der Kinderkommission, (KiKo), des Deutschen Bundestages. Die Kommission wurde in den vergangenen neun Monaten von Marlene Rupprecht (SPD, li.), geleitet. Sie gibt den Stab weiter an Miriam Gruß (FDP, re.). Die alte und die neue Vorsitzende informieren aus diesem Anlass in einer Pressekonferenz über die Arbeit der Kinderkommission.